

Ordentlicher Landesparteitag der SPD Schleswig-Holstein

Norderstedt – 30./31.03.2019

Beschlussprotokoll und Beschlusstexte

o. LPT 30./31. März 2019 Norderstedt		Alle Anträge		Datum: 02.04.19 Uhrzeit: 10:01
	Antragsbereich	Antragsteller	Überschrift	Protokoll LPT
Sozialstaat: Generaldebatte				
Soz1	Sozialstaat	Landesvorstand	Miteinander und Füreinander Unser Sozialstaat - Chancen, Schutz und Verlässlichkeit	Angenommen in geänderter Fassung
Soz2	Sozialstaat	Kreisverband Lübeck	Sozialstaat zukunftsfest umgestalten	Erledigt durch Beschluss Soz1 in geänderter Fassung
Soz3	Sozialstaat	Kreisverband Pinneberg	Für einen neuen Solidarpakt.	Erledigt durch Beschluss Soz1 in geänderter Fassung
Soz4	Sozialstaat	AfA	Arbeit – Solidarität – Menschlichkeit Ein neuer Sozialstaat für eine neue Zeit Teil I: Arbeit	Erledigt durch Beschluss Soz1 in geänderter Fassung
Soz5	Sozialstaat	Kreisverband Plön	Unterstützung der Sozialstaatsreform Teil 1: Arbeit	Erledigt durch Beschluss Soz1 in geänderter Fassung
Soz6	Sozialstaat	Kreisverband Stormarn	Unterstützung für das neue Sozialstaatskonzept des Parteivorstands	Erledigt durch Beschluss Soz1 in geänderter Fassung
Soz7	Sozialstaat	AfA	Kindergrundsicherung	Erledigt durch Beschluss Soz1 in geänderter Fassung
Pflegeversicherung				
Soz8	Sozialstaat	Kreisverband Lübeck	gerechte Finanzierung der Pflegeversicherung	Überwiesen an LPR (ggf. erledigt durch Beschluss Soz1)
Soz9	Sozialstaat	AG Selbstständige	Pflegeversicherungsbeiträge gerecht aufteilen	
Soz10	Sozialstaat	AsF	Keine Benachteiligung kinderloser Menschen bei der Pflegeversicherung	
Soz11	Sozialstaat	Kreisverband Steinburg AG 60plus	Reformierung des Bundesbetreuungsgesetzes	Überwiesen an LPR
Rente				
Soz12	Sozialstaat	Ortsverein Wahlstedt (Kreisverband Segeberg)	Rente	Überwiesen an Landesvorstand
Soz13	Sozialstaat	Ortsverein Steinbergkirche (KV Schl.-Fl.)	Rente	
Soz14	Sozialstaat	Kreisverband Pinneberg	Rentenniveau	

Soz15	Sozialstaat	AG Selbstständige	Für eine echte Reform der Rente in Deutschland	
Soz16	Sozialstaat	AG Selbstständige	Grundrente	
Soz17	Sozialstaat	AG 60plus	Grundrente	
Soz18	Sozialstaat	Kreisverband Steinburg	Umgestaltung des Rentensystems im Angesicht des demographischen Wandels	
Soz19	Sozialstaat	Ortsverein Wahlstedt (Kreisverband Segeberg)	betriebliche Altersvorsorge	Überwiesen an Landesvorstand
Soz20	Sozialstaat	Ortsverein Leezen (Kreisverband Segeberg) AsF	Mütterrente: Gerechte Finanzierung – gerechte Verteilung	Überwiesen an Landesvorstand
Soz21	Sozialstaat	Kreisverband Pinneberg	Rechtsanspruch auf Freiwilligendienst	Überwiesen an LPR
Soz22	Sozialstaat	Ortsverein Reinfeld (Kreisverband Stormarn) Kreisverband Stormarn	Es ist Zeit für mehr Vermögensgerechtigkeit!	Überwiesen an LPR
Soz23	Sozialstaat	AfA	Investitionen in die Entwicklungs- und Zukunftsfähigkeit Armut und Ungleichheit konsequent abbauen	
Europa				
EU1	Europa und Außenpolitik	Kreisverband Lauenburg	Für ein Europa des Fortschritts!	Angenommen in geänderter Fassung
EU2	Europa und Außenpolitik	Kreisverband Pinneberg	gegen die Privatisierung der öffentlichen Wasserversorgung	Angenommen
EU3	Europa und Außenpolitik	Kreisverband Steinburg	Europäische Infrastruktur stärken	Überwiesen an LPR
EU4	Europa und Außenpolitik	Kreisverband Steinburg	Europaweite Inklusion schaffen – durch amtliche Schreiben in leichter Sprache und verständliche Sprache	Angenommen

Außenpolitik				
EU5	Europa und Außenpolitik	Landesvorstand	Sozialdemokratische Friedenspolitik in einer unsicheren Welt	Angenommen in geänderter Fassung
EU6	Europa und Außenpolitik	Kreisverband Stormarn	Strengere Prüfung des Exportverbots von Kriegswaffen in Spannungsgebiete	zurückgezogen
Partei: Profil				
P1	Partei	Landesvorstand	Programm und Profil	Angenommen
P2	Partei	Ortsverein Reinfeld (Kreisverband Stormarn)	Wir brauchen Mehrheiten links der Mitte!	Angenommen
P3	Partei	Kreisverband Segeberg	Überfälliger Strategiewechsel für linke Mehrheit diesseits der Union	Erledigt
Klimaschutz, Energiewende, Mobilität				
EKM1	Energiewende, Klimaschutz, Mobilität	Landesvorstand	Beschleunigte Energiewende und Klimaschutz	Angenommen in geänderter Fassung
EKM3	Energiewende, Klimaschutz, Mobilität	Kreisverband Kiel	Verkehrswende gestalten	Angenommen in geänderter Fassung
EKM2	Energiewende, Klimaschutz, Mobilität	Landesvorstand	Nachhaltige Mobilität	Erledigt durch Beschluss EKM3
EKM4	Energiewende, Klimaschutz, Mobilität	Umweltforum	Klimaschutz im Verkehr	
EKM5	Energiewende, Klimaschutz, Mobilität	Ortsverein Neuwittenbek (Kreisverband Rendsb.-Eckernförde)	Energiesteuergesetz	
EKM6	Energiewende, Klimaschutz, Mobilität	AG 60plus	Emissionen / (Diesel)schadstoffe	
EKM7	Energiewende, Klimaschutz, Mobilität	Kreisverband Pinneberg	Bescheidene Maßnahmen gegen den Klimawandel	
EKM8	Energiewende, Klimaschutz, Mobilität	Kreisverband Lübeck	Tempolimit	
EKM9	Energiewende, Klimaschutz, Mobilität	Landesvorstand	Nachhaltige Ressourcenpolitik	

EKM10	Energiewende, Klimaschutz, Mobilität	Landesvorstand	Landwirtschaft, Umwelt und Ernährung, Tierschutz	Überwiesen an LPR
EKM11	Energiewende, Klimaschutz, Mobilität	Ortsverein Leezen (Kreisverband Segeberg) AsF	Bekämpfung der Lebensmittelverschwendung	Überwiesen an LPR
EKM12	Energiewende, Klimaschutz, Mobilität	Kreisverband Pinneberg	Gründächer	Überwiesen an LPR
Partei: Ortsvereine und Parteiarbeit				
P4	Partei	Landesvorstand	Starke Ortsvereine, starke Mitglieder	Angenommen in geänderter Fassung
P5	Partei	Kreisverband Segeberg	Servicekonzept	Erledigt durch Beschluss P4
P6	Partei	Kreisverband Kiel	Sofortmaßnahmen „digitale Parteiarbeit Land“	Zurückgezogen
P7	Partei	Kreisverband Plön	Online-Portal der SPD	Erledigt durch Beschlusslage
P8	Partei	Kreisverband Kiel	Neustart für die „digitale Parteiarbeit Bund“	Angenommen in geänderter Fassung
P9	Partei	Kreisverband Segeberg	Virtuellen Ortsverein	Erledigt durch Beschlusslage
Partei: Mitgliederentwicklung und Talentförderung				
P10	Partei	Kreisverband Ostholstein Juso Landesverband S-H	Starke Kandidierende, starke Partei	zurückgezogen
P11	Partei	Landesvorstand	Starke Kandidierende, starke Partei	Angenommen in geänderter Fassung
P12	Partei	Landesvorstand	Die Hälfte der Macht – Frauenförderung im SPD Landesverband SH	Angenommen
P13	Partei	AG Selbstständige	Initiative für eine Reform der politischen Strukturen	Als Material für zu bildende Kommission aus Beschluss P11.
P14	Partei	Landesvorstand	Verhaltenskodex für die SPD SH	Angenommen in geänderter Fassung
P15	Partei	Kreisverband Pinneberg	Bildungsveranstaltungen	Überwiesen an LaVo in geänderter Fassung.
P16	Partei	AG 60plus	Listenaufstellung	Erledigt durch Beschluss P11
P17	Partei	Landesvorstand	Wahlkampf führen und Wahlen gewinnen	Angenommen in geänderter Fassung

P18	Partei	Kreisverband Dithmarschen	Reduzierung von Plastik - Die SPD als Vorreiterin	Angenommen in geänderter Fassung
P19	Partei	Kreisverband Pinneberg	Keine Parteienfinanzierung aus dem Ausland	zurückgezogen
Partei: Parteitage				
P20	Partei	Kreisverband Plön	Landesparteitage reformieren	Überwiesen in geänderter Fassung an Lavo
P21	Partei	Ortsverein Norderstedt (Kreisverband Segeberg)	Umgestaltung der Landesparteitage – Umgang mit überwiesenen Anträgen	Als Ä zu P20 am Ende durch Antragsteller übernommen
P22	Partei	Ortsverein Norderstedt (Kreisverband Segeberg)	Umgestaltung der Landesparteitage – Redezeitbeschränkung	erledigt
P23	Partei	Ortsverein Norderstedt (Kreisverband Segeberg)	Umgestaltung der Landesparteitage – Beschlussdatenbank	Als Ä zu P20 am Ende durch Antragsteller übernommen
Wohnen				
W1	Wohnen	Kreisverband Kiel	Wohnen ist Grundrecht und kein Luxus!	Überwiesen an LPR
W2	Wohnen	Kreisverband Ostholstein	Grunderwerbssteuer für Familien senken	Überwiesen an LPR
W3	Wohnen	Kreisverband Ostholstein	Grundsteuer	
W4	Wohnen	AG 60plus	Wohnrauminitiative	
W5	Wohnen	Kreisverband Nordfriesland	Ergänzung § 12 WoGG	
Digitalisierung				
Digi1	Digitalisierung	Landesvorstand	Digitalisierung menschlich und sicher gestalten!	Überwiesen an LPR (Ersetzungsantrag Jusos und KV OH auch überwiesen)
Digi2	Digitalisierung	AsF	Zensur verhindern - Uploadfilter ablehnen!	Überwiesen an LPR
Digi3	Digitalisierung	AK Digitale Gesellschaft	Uploadfilter	
Digi4	Digitalisierung	Ortsverein Steinfeld-Ulsnis (Kreisverband Schl.-Flensburg)	Aus den Datenskandalen lernen	Überwiesen an LPR
Digi5	Digitalisierung	AG Selbstständige	IT Ausschreibungen	Überwiesen an LPR
Digi6	Digitalisierung	AG	Standort stärken – IT	Überwiesen an LPR

		Selbstständige	Wirtschaft stärken!	
Digi7	Digitalisierung	AG Selbstständige	CyberCrime	Überwiesen an LPR
Digi8	Digitalisierung	Kreisverband Ostholstein	Wifi4EU	Überwiesen an LPR
Partei: Weitere				
P24	Partei	AG 60plus	Gleiches Recht für Delegierte der Arbeitsgemeinschaften	Überwiesen an LaVo
P25	Partei	Umweltforum	Aufnahme der Umweltpolitikerinnen und Umweltpolitiker in die Liste der Arbeitsgemeinschaften der SPD	Überwiesen an LaVo
P26	Partei	Ortsverein Norderstedt (Kreisverband Segeberg)	Unterstützung des Ehrenamts durch Hauptamt - Aufstockung der Wochenarbeitsstunden in Kreisbüros	Überwiesen an LaVo
P27	Partei	AsF	Möglichkeit einer freiwilligen Doppelspitze für sämtliche Gliederungen der Sozialdemokratie – zumindest jedoch für die Arbeitsgemeinschaften	Überwiesen an LaVo
P28	Partei	Juso Landesverband S-H	“Weiter nach Vorn“ - Fortsetzung der Erneuerung im neuen SPD-Landesvorstand	Überwiesen an LaVo
Ausbildung und Arbeit				
AA1	Ausbildung + Arbeit	AfA	BBiG-Reform: Das sind die Forderungen der SPD	Überwiesen an LPR
AA2	Ausbildung + Arbeit	Kreisverband Pinneberg	Pakt für die Erzieherausbildung und Ausbildungsgeld	
AA3	Ausbildung + Arbeit	AfA	Die SPD fordert eine gesetzliche Mindestausbildungsvergütung	
AA4	Ausbildung + Arbeit	Kreisverband Pinneberg	Der Mindestlohn muss den angemessenen Mindestschutz gewährleisten!	Überwiesen an LPR
AA5	Ausbildung + Arbeit	Kreisverband Ostholstein	Mindestlohn	
AA6	Ausbildung + Arbeit	AfA	Mindestlohn auf 12,63 Euro in ganz Europa	
AA7	Ausbildung + Arbeit	Kreisverband Segeberg	Mindestlohn	
AA8	Ausbildung + Arbeit	AG Selbstständige	Mindesthonorar für Solo-Selbstständige	
AA9	Ausbildung + Arbeit	Kreisverband Segeberg	allgemeinverbindliche Tarifverträge	Überwiesen an LPR

AA10	Ausbildung + Arbeit	AfA	Finger weg vom Arbeitszeitgesetz	Überwiesen an LPR
AA11	Ausbildung + Arbeit	AfA	Verbot von sachgrundlosen Befristungen	Überwiesen an LPR
AA12	Ausbildung + Arbeit	AfA	Konsequente Reduzierung von prekärer/atypischer Beschäftigung	Überwiesen an LPR
AA13	Ausbildung + Arbeit	AfA	Die Veränderungen in der Arbeitswelt mit den und für die Menschen gestalten	Überwiesen an LPR
AA14	Ausbildung + Arbeit	AfA	Höhere steuerliche Rückerstattbarkeit von Gewerkschaftsbeiträgen	Überwiesen an LPR
Bildung				
B1	Bildung	Juso Landesverband S-H	The next big thing is education	Überwiesen an LPR
B2	Bildung	Kreisverband Dithmarschen	Kostenfreie Schülerbeförderung	
B3	Bildung	Kreisverband Ostholstein	Konsequente Lernmittelfreiheit	
B4	Bildung	Kreisverband Ostholstein	Bildungs- und Teilhabepaket der Realität anpassen	Überwiesen an LPR
B5	Bildung	Kreisverband Pinneberg	Schulstarterpaket verbessern	
B6	Bildung	Kreisverband Nordfriesland	Impulse der Kommission K1	Überwiesen an LPR (Hinweis: Ggf. Erl. durch Beschluss P1)
Gesundheit				
G1	Gesundheit	Kreisverband Pinneberg	Rekommunalisierung von Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen	Überwiesen an LPR
G2	Gesundheit	Kreisverband Ostholstein Juso Landesverband S-H	Gesundheit muss erreichbar sein - für den Erhalt und Ausbau von kommunalen Krankenhäusern	
G3	Gesundheit	Kreisverband Steinburg	Zuzahlung für rezeptpflichtige Arzneimittel	Überwiesen an LPR
G4	Gesundheit	AG Selbstständige	GKV Entlastungsgesetz	Überwiesen an LPR
G5	Gesundheit	Ortsverein Schwarzenbek (Kreisverband Lauenburg) Kreisverband Lauenburg	Sehhilfen	Überwiesen an LPR

G6	Gesundheit	Kreisverband Steinburg AG 60plus	Überarbeitung des Psychisch- Kranken-Gesetz - PsychKG	Überwiesen an LPR
G7	Gesundheit	SPDqueer	Homophobe Konversionstherapien verbieten – Anbieter solcher Pseudotherapien von staatlicher Förderung ausschließen	Überwiesen an LPR
G8	Gesundheit	Kreisverband Stormarn	Sterben in Würde ermöglichen	Überwiesen an LPR
Innen und Recht				
IR1	Innen und Recht	Kreisverband Lübeck	Parlamente gleichberechtigt mit Frauen und Männer besetzen	Überwiesen an LPR
IR2	Innen und Recht	AsF	Jetzt durchstarten für Parität!	
IR3	Innen und Recht	AG Migration & Vielfalt	Paritätische Besetzung im Landtag	
IR4	Innen und Recht	AG Migration & Vielfalt	den Internationalen Frauentag zum Feiertag erklären!	Überwiesen an LPR
IR5	Innen und Recht	Kreisverband Stormarn	§ 219a streichen	Überwiesen an LPR
IR6	Innen und Recht	Kreisverband Pinneberg	Gleichstellung von Mann* und Frau*, auch bei der Reproduktion	Überwiesen an LPR
IR7	Innen und Recht	AsF SPDqueer	Gleiche Liebe, gleiche Rechte (mit QueerSozis)	Überwiesen an LPR
IR8	Innen und Recht	AG Migration & Vielfalt	Sprachförderung für alle Migranten und Migrantinnen unabhängig von der Bleibeperspektive!	Überwiesen an LPR
IR9	Innen und Recht	AG Migration & Vielfalt	Resolution gegen die Abschiebung von Afghanen!	Überwiesen an LPR
IR10	Innen und Recht	AsF	Wahrung des Amtseids durchsetzen	Überwiesen an LPR
IR11	Innen und Recht	AG 60plus	Polizei	Überwiesen an LPR
IR12	Innen und Recht	Kreisverband Pinneberg	Videoüberwachung in Nahverkehrszügen sicherstellen	Überwiesen an LPR
IR13	Innen und Recht	Ortsverein Neumünster- Süd (Kreisverband Neumünster)	Sicher leben	Überwiesen an LPR

IR14	Innen und Recht	Ortsverein Bad Segeberg (Kreisverband Segeberg)	Für Rechtssicherheit und Demokratieförderung im Gemeinnützigkeitsrecht	Überwiesen an LPR
IR15	Innen und Recht	Kreisverband Steinburg	Cannabis	Überwiesen an LPR
IR16	Innen und Recht	AG SelbstAktiv	Landeswahlgesetz	Überwiesen an LPR
IR17	Innen und Recht	AG SelbstAktiv	Wahlrechtsausschlüsse: Grundrecht für alle sicherstellen	Überwiesen an LPR
IR18	Innen und Recht	AG 60plus	Steuerrecht für ehrenamtlich Tätige	Überwiesen an LPR
IR19	Innen und Recht	AsF	Zehn zusätzliche, freie Tage für Betroffene häuslicher Gewalt	Überwiesen an LPR
IR20	Innen und Recht	AsF	Just Sports – No Violence	Überwiesen an LPR

Initiativanträge

Ini1			PiAs unterstützen!!!	Angenommen
Ini2			Tierquälerei bei Tiertransporten verhindern!	Angenommen in geänderter Fassung

Inhaltsverzeichnis

Sozialstaat

Europa und Außenpolitik

Partei

Energiewende, Klimaschutz, Mobilität

Wohnen

Initiativanträge

Sozialstaat

Miteinander und füreinander Unser Sozialstaat - Chancen, Schutz und Verlässlichkeit

(Angenommen in geänderter Fassung)

Miteinander und füreinander: Unser Sozialstaat - Chancen, Schutz und Verlässlichkeit

5

Wir wollen die Talente aller bestmöglich fördern – egal ob Eltern reich oder arm sind. Wir wollen, dass Menschen mutig durchs Leben gehen können, egal welche Voraussetzungen sie mitbringen. Sie können sicher sein, dass die Gemeinschaft hilft, wenn Hilfe und Unterstützung benötigt wird. Diesem Recht muss niemand hinterherlaufen. Der Staat verpflichtet sich rechtzeitig und verständlich zu informieren. Das ist unser Verständnis von Sozialstaat.

10

15

Die SPD Schleswig-Holstein begrüßt ausdrücklich das Papier „Arbeit – Solidarität – Menschlichkeit Ein neuer Sozialstaat für eine neue Zeit Teil I: Arbeit“ des SPD-Parteivorstand vom 10. Feb. 2019 und unterstützt dieses. Die SPD Schleswig-Holstein erkennt in diesem Konzept Reformvorschläge aus ihrem Beschluss „Mehr Gerechtigkeit wagen!“.

Kindheit

20

Jedes Kind ist uns gleich wichtig. Deswegen wollen wir, dass der Staat sicherstellt, dass alle Kinder einen guten Start ins Leben haben. Wir schlagen eine Kindergrundsicherung vor. Sie fasst alle bisherigen kindbezogenen Leistungen zusammen. Jedem Kind steht dieser Betrag zu. Wir setzen uns für eine Kindergrundsicherung in Höhe von 600,- Euro/Monat für jedes Kind bis zum Lebensalter von 18 Jahren (bis zur Jahreseinkommensgrenze von 125.000,- Euro der Erziehungsberechtigten) - ansonsten einkommensunabhängig ein. Für Alleinerziehende Eltern wollen wir passgenaue Programme entwickeln, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sicherzustellen und den Kindern beste Entwicklungsmöglichkeiten zu eröffnen.

25

30

Krippe und Kita

Die Grundlagen für ein gutes Leben werden in frühester Kindheit gelegt. Daher sind wir überzeugt, dass neben der elterlichen Fürsorge ein professionelles Bildungsangebot auch schon für kleinste Kinder gebührenfrei sein muss. Das ermöglicht es auch, beiden Elternteilen zumindest einen Fuß in der Arbeitswelt zu behalten. Hohe Qualität und Beitragsfreiheit sind kein Widerspruch. Gute Bildungseinrichtungen für alle stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sozialer Ausgleich findet über das Steuersystem statt. Dort tragen starke Schultern mehr.

35

40

Schulen

Wir lernen in der Schule den Umgang mit Menschen, die anders als wir sind, weil wir später im Leben mit vielen verschiedenen Menschen zu tun haben werden. Es geht deswegen nicht nur darum, in möglichst spezialisierten Einheiten Fakten zu pauken.

45

Wir wollen eine Schule, die für alle gut ist. Eine Schule, die nicht nach dem Alter der Kinder organisiert ist, sondern nach ihren Fähigkeiten und Potentialen. Eine Schule, die Leistung und eine freie Persönlichkeitsentwicklung individuell fördert. Eine Schule, die erst zum Ende gezielt vorbereitet auf die unterschiedlichen weiteren Bildungswege: Auf eine Ausbildung oder in ein Studium.

50 Für uns ist es wichtig, die 2007 in der Sekundarstufe I als zweite Säule neben dem
Gymnasium im Schulgesetz verankerte Gemeinschaftsschule zu einer gleichwertigen
weiterführenden Schulart auszubauen – und deren Konzept und Praxis sodann mit der
Perspektive auf ein inklusives Schulsystem, das für eine demokratische und solidarische
Gesellschaft unabdingbar ist, die „eine Schule für alle“, weiter zu entwickeln.

55 Allen Kindern an unseren Schulen muss es möglich sein, an allen Aktivitäten der Schulen
teilzunehmen. Wir wollen die Lehrmittelfreiheit auch faktisch herstellen. Deshalb sind für
uns gute Ganztagschulen gebundene Ganztagschulen. Sie stellen an mindestens vier
Wochentagen einen achtstündigen Schultag für alle Schülerinnen und Schüler sicher. Auch
60 das Sicherstellen, dass der Weg zur Schule nicht zu einer Frage des Geldbeutels wird, ist
eine Frage der Gerechtigkeit. Daher werden wir für eine kostenfreie
Schüler*innenbeförderung für alle Klassenstufen sowie Berufschüler*innen sorgen.

Jedes Kind soll einen Abschluss erreichen und im Anschluss eine Ausbildung oder ein
Studium machen können. Alle erhalten ein Angebot. Für uns gilt: Kein Kind ohne
65 Abschluss, kein Abschluss ohne Anschluss. Das gilt für alle Kinder – mit und ohne
Behinderung.

Alle Schulen müssen 10 Jahre nach der von Deutschland ratifizierten UN-
Behindertenrechtskonvention als inklusive Schulen arbeiten und Inklusion als Chance
begreifen. Vor allem müssen sie personell und sächlich besser ausgestattet werden, damit
70 die Teilhabe gelingen kann. Menschen mit Behinderung gehören von Anfang an mitten in
die Gesellschaft. Damit das gelingt benötigen zukünftige und aktuelle Pädagog*innen
konkrete Fort- und Weiterbildungsangebote.

75 Ausbildung

Wir wollen, dass auch Azubis auf eigenen Beinen stehen können. Deswegen wollen wir
eine Mindestausbildungsvergütung, die mit 635€ im 1. Ausbildungsjahr bei 80 Prozent der
durchschnittlichen tariflichen Ausbildungsvergütungen liegt. Wir brauchen all die Dinge,
mit denen wir Studierende an den Hochschulen unterstützen, auch für Auszubildende: Ein
80 landesweites Semesterticket für die Fahrten zur Arbeit und zur Schule für alle
Auszubildenden und Schüler*innen sowie Wohnheime für Auszubildende – am besten nach
dem Vorbild des Angebots des Studentenwerks.

In einer Reihe Berufe brauchen wir dringend mehr engagierte Menschen, die dort arbeiten
85 – Erzieherinnen und Erzieher, Pflegekräfte und Therapeuten in allen möglichen Bereichen.
Hier wollen wir dafür sorgen, dass man nicht auch noch Geld mitbringen muss, wenn man
einen sozialen Beruf erlernen will. Deshalb haben wir bereits dafür gesorgt, dass die
Ausbildung der Gesundheitsfachberufe gebührenfrei ist und werden das Schulgeld für alle
Berufe abschaffen, für die eine gesetzliche Grundlage existiert. Wir bauen die Ausbildung
90 zu betrieblichen Ausbildungen um, in denen die Auszubildenden auch schon Geld
verdienen.

Meister

Wer seinen Meister machen will ist uns genauso wichtig, wie jemand, der seinen Master an
95 der Hochschule macht. Das BAFöG für angehende Meister haben wir bereits eingeführt.
Das ist gut und fördert all jene, die sich im Handwerk selbständig machen und es fördert
den Mittelstand. Weiterhin fordern wir analog zum kostenfreien Master-Studium auch die
Kostenfreiheit der Meister-Ausbildung.

100 Studium

Wir haben es geschafft, dass heute nicht mehr nur die Kinder von Akademikern studieren.
Doch noch immer können nicht alle studieren, die das eigentlich wollen. Daran müssen wir
weiter arbeiten. Dazu gehört auch ein elternunabhängiges BAFöG von dem man leben kann
und mit dem man sich auf das Studium konzentrieren kann. Wir brauchen günstige

105 Wohnungen und Wohnheime und lohnende Semestertickets. Die Studierendenschaft entscheidet selbst über ein landesweites Semesterticket. Uns ist aber wichtig, dass die finanziellen Hürden nicht zu hoch werden und dadurch Menschen vom Studium ausgeschlossen werden. Deshalb muss das Semesterticket vom Land dauerhaft bezuschusst werden.

110 Weiterlernen

115 Heute haben wir viel mehr Menschen, die studieren als noch vor einigen Jahrzehnten. Bisher sprechen wir immer vom lebenslangen Lernen – das ist aber zum Teil unübersichtlich und oft dem Zufall überlassen: Wir müssen erst zur Fortbildung, wenn etwas schief läuft. Wir wollen, mit der beruflichen Bildung und Fortbildung einen weiteren echten Baustein auf das bisherige Bildungssystem setzen. Die Menschen müssen sich bilden können, wenn sie sich selbst weiterentwickeln wollen. Die Kosten hierfür teilen wir solidarisch zwischen all jenen, denen es nützt: Arbeitgebern, dem Gemeinwohl und den Arbeitnehmern. Mit dem Recht auf Weiterbildung sorgen wir dafür, dass wirtschaftliche Veränderungen keine Angst machen müssen. Bildung ist keine Frage des Alters.

120 Bürgergeld und Teilhabe

125 Wir sind überzeugt, dass eine gute Arbeit wichtig für alle Menschen ist. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass jeder Mensch eine Tätigkeit bekommt, die zu ihm passt, und der er gerecht werden kann. Dazu gehört auch, dass die Menschen sich darauf verlassen können, dass sie auskommen, auch wenn sie den Job verlieren. Existenzminimum ist Existenzminimum – davon gibt es nichts zu kürzen! Bei der Einführung des Bürgergeldes als neues Existenzminimum muss auch die Höhe neu berechnet werden. Deshalb fordern wir ein Bürgergeld ohne Sanktionen. Das Bürgergeld soll auch nicht mehr gekürzt werden, wenn Kinder selbst Einkommen aus geringfügiger Beschäftigung oder Ausbildung haben. Der Transferentzug bei eigenem Einkommen aus Arbeit soll gegenüber den derzeitigen Regelungen reduziert werden. Wer selbst keinen regulären Job findet, bekommt vom Staat ein Angebot zur Teilhabe am Arbeitsleben: Eine Tätigkeit im öffentlichen Dienst, die etwas für die Gesellschaft leistet oder Lohnzuschüsse an Arbeitgeber, die Menschen beschäftigen, die schon etwas länger arbeitslos sind. Es gibt genug Arbeit. Wir müssen sie nur bezahlen und zwar auf Basis von Tariflöhnen. Wir kommen so von einer Arbeitslosen- zu einer Arbeitsversicherung mit dem Ziel alle vor Arbeitslosigkeit zu schützen und Teilhabe für alle zu ermöglichen.

140 Die Fristen für das Arbeitslosengeldes werden verlängert, niemand der nach vielen Jahren Berufstätigkeit unverschuldet in Arbeitslosigkeit gerät, muss Angst haben, dass er nach einem Jahr alles verliert.

145 Gute, gesunde Arbeit

Es gibt heute noch zu viel Arbeit, die die Menschen ausbeutet – finanziell und körperlich. Die Digitalisierung kann uns helfen, diese Jobs den Maschinen zu überlassen. Menschen können weiterhin in den Bereichen arbeiten, die direkt mit dem Menschen zu tun haben.

150 Der Mindestlohn ist ein wichtiger Baustein in einem fairen Arbeitsmarkt. Er muss aber höher sein als der jetzige Mindestlohn, denn in vielen Städten reicht er heute nicht für ein Auskommen, das über dem von Arbeitslosigkeit liegt. Wir fordern deswegen einen sofortigen Mindestlohn von 12,63€ pro Stunde. Ein Mindestlohn ist nur die festgelegte Untergrenze. Starke Gewerkschaften sorgen für faire Tarifverträge. Die Rechtsgrundlage muss dahingehend geändert werden, dass nach geschlossenen, erfolgreichen Tarifverhandlungen jeweils ein Tarifpartner die Prüfung beim BMAS auf Allgemeinverbindlichkeit beantragen kann. Der Widerspruch einer Seite findet keine Anwendung. Bei öffentlichen Aufträgen sollte ein Mindestlohn gelten, der an die öffentlichen Tarifverträge gekoppelt ist und mit ihnen steigt.

160

Das Leben ist eine Balance zwischen Familie, Arbeit und Freizeit. Wir wollen die Arbeitsbedingungen für alle neu justieren. Dort wo es sinnvoll ist, ermöglichen das Arbeiten von Zuhause oder unterwegs. Ständige Verfügbarkeit bedeutet für viele Beschäftigte eine neue Herausforderung. Wir wollen Arbeitszeitverkürzung überall dort erreichen, wo Verfügbarkeit und Arbeitsteilung ein Gewinn für alle bedeutet. Der 6-Stunden Tag kann ein großer gesellschaftlicher Gewinn werden, wenn wir Arbeit und Einkommen so verteilen, dass es für alle passt.

Arbeit soll Sicherheit für ein selbstbestimmtes Leben bieten. Daher wollen wir keine Befristungen ohne wirklich wichtigen Grund. Leiharbeit, Zeitarbeit oder Minijobs sollen die absolute Ausnahme werden. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.

Bürgerversicherung

Schluss mit der Zwei-Klassen-Medizin! Wir wollen eine Kranken- und Pflege- und Rentenversicherung, in die alle Erwerbstätigen, d.h. Arbeitnehmer, Selbständige, Beamte und Abgeordnete gemeinsam einzahlen und aus der alle ihre Leistungen beziehen. Die heutige Unterteilung in gesetzlich und privat ist unfair.

Grundrente

Ein gutes Einkommen im Arbeitsleben sorgt auch dafür, dass es eine gute Rente im Alter gibt. Wer es nicht schafft, sich in vielen Jahren Arbeit eine auskömmliche Rente anzusparen, dem geben wir eine Grundrente, die deutlich über dem liegt, was jemand bekommt, der nie gearbeitet hat. Das ist für uns auch eine Anerkennung von Lebensleistung. Wer mehrere Jahrzehnte gearbeitet hat und solidarisch die gesetzliche Rentenversicherung gestärkt hat, soll profitieren. Dazu zählen auch Zeiten für Familienarbeit – Pflege von Angehörigen und Kinderbetreuung.

Rente

Es gibt Tätigkeiten, die kann man sehr lange machen und es gibt sehr anstrengende Tätigkeiten. Auch wenn wir dafür sorgen wollen, dass Arbeit immer so gesund ist, dass man damit gut bis zur Rente arbeiten kann – das werden wir nicht so schnell schaffen. Wir müssen unterscheiden und diejenigen länger arbeiten lassen, die das können und wollen. Auf der anderen Seite wollen wir auch denen eine ordentliche Rente geben, die nicht so lange arbeiten können. Die Rente mit 63 nach 45 Jahren Arbeit ist dafür ein Anfang gewesen.

Pflege

Unsere Seniorinnen und Senioren sind alt genug selber zu entscheiden wie sie leben wollen. Sie darin zu unterstützen ist unsere gesellschaftliche Aufgabe.

Dem Mangel an Fachkräften um alle versorgen zu können, begegnen wir mit anständigen und familienfreundlichen Arbeitsbedingungen. Pflegefachpersonen müssen ihre Tätigkeit so ausüben können, wie es ihre Fachlichkeit und nicht die wirtschaftlichen Interessen der Arbeitgeber es ihnen vorgibt. Mit einem gesetzlichen Personalbemessungsschlüssel in allen Bereichen der professionellen Pflege sorgen wir für mehr Arbeitszufriedenheit und damit auch mehr Qualität. Die Ausbildung der Pflegeberufe ist von der Assistenz bis zum Studium durchlässig. Ein flächendeckender Sozialtarifvertrag sorgt für gleiche Bedingungen.

Niedrigschwellige, aufsuchende Arbeit sorgt dafür, dass Pflegebedürftigkeit mindestens hinausgezögert wird. Nachbarschaftshilfe und ein fürsorgendes Management im Dorf und Quartier verzögert Pflegebedürftigkeit, verhindert Einsamkeit und bringt Alt und Jung zusammen. Wir nutzen die Kompetenzen aller Generationen.

Pflegebedürftigkeit darf nicht in die Armut führen. Sie darf auch nicht dazu führen, dass

besonders Frauen ihren Beruf aufgeben müssen, weil der Eigenanteil an Pflegeeinrichtungen nicht bezahlt werden kann.

220 Pflegende Angehörige werden wir durch die Anrechnung an die Rente besser „entlohnen“ und zusätzliche Entlastungsangebote etablieren.

225 Die Pflegeversicherung muss eine Vollversicherung werden. Kosten für Unterkunft und Verpflegung sind Privatsache, aber Grund - und Krankenpflege muss gemeinschaftliche Aufgabe sein.

Deshalb fordern wir neben der Bürgerversicherung einen weiteren Solidaritätsbeitrag.

Europa und Außenpolitik

Für ein Europa des Fortschritts!

(Angenommen in geänderter Fassung)

Die Europäische Union gerät zunehmend in schwieriges Fahrwasser. Neben den nationalistischen und antieuropäischen Tendenzen, die innerhalb der Mitgliedstaaten grassieren, gefährden auch riskante Haushaltspolitiken die Stabilität der gesamten Gemeinschaft.

Wir wollen ein Europa der fortschrittlichen Zukunft erschaffen, das der jungen und künftigen Generation ein friedliches, vielfältiges und modernes Zusammenleben sichert. Den Aufbruch, welchen Emmanuel Macron in seiner Rede von Sorbonne als „Initiative pour l'Europe“¹ formuliert hat, gilt es im Sinne sozialdemokratischer Europapolitik zu begleiten und mitzugestalten. Aus Worten müssen endlich Taten folgen!

Es gilt, die Vollendung des digitalen Binnenmarktes zu realisieren. Datenhoheit und Datenschutz müssen hierbei immer gewahrt werden. Die Digitalisierung hat schon jetzt alle unsere Lebensbereiche erreicht und wird auch weiterhin die bestimmende, übergreifende Revolution des 21. Jahrhunderts sein. Die Europäische Union muss auch auf diesem Gebiet seiner Vorreiterrolle gerecht werden und den Wandel zu einer Welt 4.0 im Sinne westlicher Werte vorantreiben. Die Zukunft ist digital!

Auch eine gemeinsame Außen-, Friedens- und Sicherheitspolitik muss zu den Zielen europäischer Politik gehören. In Zeiten, in denen ein US-Präsident die bestehende Weltwirtschaftsordnung auf den Kopf stellt, internationale Beziehungen zerrüttet und auch andere NATO-Partner wie bspw. Polen auf gefährlichen Irrwegen sind, muss die Europäische Union geschlossen Stärke zeigen. Nur durch eine Politik, die Zusammenhalt beweist, kann Europa seine weltpolitische Stellung weiterhin behaupten.

Zuletzt ist auch die Schaffung eines „Arbeitsmarktbeschleunigungsfonds“ auf europäischer Ebene anzustreben. Damit soll nicht nur am Status Quo festgehalten werden, sondern den Ländern, die sich bis heute nicht vollständig aus der Krise erholt haben, eine Perspektive aus den Arbeitslosigkeiten von bis zu 21% gegeben werden. Durch starke Investitionen soll den Ländern Europas neuer Schwung verliehen werden, sodass den Menschen der Weg in eine starke europäische Zukunft geebnet wird.

¹ <https://de.ambafrance.org/Initiative-fur-Europa-Die-Rede-von-Staatspräsident-Macron-im-Wortlaut>

² http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-4919_en.htm

gegen die Privatisierung der öffentlichen Wasserversorgung

(Angenommen)

Aufnahme in das Wahlprogramm der Europawahl:

Die SPD spricht sich vorbehaltlos gegen die Privatisierung der öffentlichen

10 Wasserversorgung aus. Alle entsprechenden politischen Initiativen, Gesetzesvorhaben oder internationalen Abkommen auf europäischer, nationaler und kommunaler Ebene sind konsequent abzulehnen. Der Zugang zu Trinkwasser ist ein Grundrecht und darf nicht wirtschaftlichen Gewinnstreben untergeordnet werden.

Antragsbereich EU/ Antrag 4

Kreisverband Steinburg

Europaweite Inklusion schaffen – durch amtliche Schreiben in leichter Sprache und verständliche Sprache

(Angenommen)

Zur Weiterleitung an:

- 5
- SPD-Landesparteitag Schleswig-Holstein
 - Ministerium für Arbeit und Soziales
 - SPE-Fraktion im Europäischen Parlament

10 Amtliche Schreiben von öffentlichen Behörden sollen europaweit vermehrt in leichter Sprache oder verständlicher Sprache geschrieben werden. Dies kann auch mit dem Hinweis „Zusammenfassung in Leichter Sprache“ o.a. versehen werden. Verweise auf rechtliche Grundlagen sind davon nicht betroffen.

15 § 11 (1) Behindertengleichstellungsgesetz (BGG) soll dahingehend geändert werden, dass eine Zusammenfassung von „Bescheide, Allgemeinverfügungen, öffentlich-rechtliche Verträge und Vordrucke“ nicht nur „auf Antrag“, sondern „zusätzlich“ oder „komplett“ in leichter Sprache formuliert werden soll. Dabei soll der Personenkreis auf alle Bürgerinnen und Bürger Deutschlands und Europas erweitert werden.

Antragsbereich EU/ Antrag 5

Landesvorstand

Sozialdemokratische Friedenspolitik in einer unsicheren Welt

(Angenommen in geänderter Fassung)

5 Die SPD hat mit ihrer Positionierung „Friedenspolitik heute“ im Jahr 2014 Maßstäbe für sozialdemokratische Positionen im Bereich der zivilen Krisenprävention, Diplomatie und Friedenspolitik gesetzt. Noch heute gibt uns dieser Beschluss Orientierung. Die Herausforderungen, die sich an eine sozialdemokratische Friedenspolitik stellen, sind allerdings vielfältiger geworden:

10 Die Welt hat sich in den vergangenen Jahrzehnten zunehmend zu einer globalen Schicksalsgemeinschaft entwickelt. Uns betrifft immer stärker, was außerhalb unserer Staatsgrenzen geschieht. Und das, was wir tun, hat immer stärkere Auswirkungen auf andere Länder und Regionen. Klimawandel, internationaler Terrorismus oder das Wettrüsten von Staaten sind Herausforderungen, denen wir nicht alleine begegnen können.

Für eine Stärkung der internationalen Institutionen

15 Gemeinsame Sicherheit und die Wahrung von Frieden sind weiterhin wegweisend für sozialdemokratische Politik. Das Ziel, global das Recht des Stärkeren durch die Stärke des

20 Rechts zu ersetzen, erreichen wir nur durch eine Reform der **Vereinten Nationen** (UN), für
die wir uns weiter mit aller Kraft einsetzen werden. Nur, wenn wir die UN demokratisieren,
das Gewicht der Vollversammlung, des Völkerrechts und die internationale Gerichtsbarkeit
stärken, erreichen wir, dass sich Macht dem Recht unterordnet. Denn derzeit ist das größte
25 Problem der UN die mangelnde Durchsetzbarkeit ihrer Beschlüsse. Es bedarf wirksamer
Mechanismen, die den UN-Beschlüssen der Generalversammlung starke Autorität und
Verbindlichkeit verschaffen.

Das bisherige Vetorecht einiger weniger UN-Mitglieder ist unbefriedigend. Leider sind
andere Modelle, wie das Prinzip der Mehrheitsentscheidung im Sicherheitsrat, aktuell
jedoch kaum durchsetzbar. Eine Änderung des Vetorechts bleibt langfristig dennoch unser
30 Ziel.

In einer multipolaren Welt kann Deutschland seinen Vorstellungen und Interessen nur als
Teil einer starken Europäischen Union wirksam Gewicht verleihen. Wir wollen, dass
Europa mit einer Stimme spricht und fordern daher einen gemeinsamen Sitz der
35 Europäischen Union im UN-Sicherheitsrat.

Für einen neuen Anlauf zur Rüstungskontrolle und Abrüstung

Die Europäische Union ist eine Erfolgsgeschichte. An Stelle der Konfrontation ist die
Zusammenarbeit getreten. Nun bedrohen neu aufgeflamnte Konflikte zwischen den
40 Vereinigten Staaten von Amerika und Russland diesen europäischen Frieden. Es droht ein
Rückfall in überwinden geglaubte Zeiten des Kalten Kriegs. Die USA und Russland haben
den Vertrag über das Verbot landgestützter atomarer Mittelstreckenraketen in Europa (INF-
Vertrag) gekündigt. Das ist ein schwerer Schlag gegen jene Architektur internationaler
45 Rüstungskontrolle, die über Jahrzehnte ganz wesentlich zum Frieden in Deutschland und
Europa beigetragen hat. Das ist eine besondere Herausforderung für diplomatische
Initiativen.

Unser Ziel muss sein, die „Null-Lösung“ trotz der Konflikte der Vertragspartner zu erhalten
und **auch in Zukunft landgestützte atomare Mittelstreckenraketen in Europa zu
50 verbieten**. Das gilt im Weiteren auch für Gespräche mit China, Pakistan und anderen
Staaten. Schnell könnten auch andere atomare Abrüstungsverträge (z.B. der START-
Vertrag) infrage gestellt werden. Ein neues globales Wettrüsten gilt es nachhaltig zu
verhindern. Die sozialdemokratische Idee der gemeinsamen Sicherheit ist heute aktueller
denn je.

55 Um diese gefährlichen Entwicklungen aufzuhalten, braucht es jetzt entschlossene
Maßnahmen:

Gegenseitige Rüstungskontrolle ist von großer Bedeutung, um neues Vertrauen zu
60 schaffen. Wir stehen für strikte Rüstungskontrollen - insbesondere beim Waffenexport in
Staaten außerhalb der Nato und EU.

Außerdem fordern wir ein **Verbot von Waffenlieferungen** in Krisengebiete und Diktaturen
sowie die Kontrolle des internationalen Waffenhandels, um bewaffnete Konflikte zu
65 vermeiden.

Insbesondere muss verhindert werden, dass das Verbot durch die Lieferung von
Kriegswaffen auf dem Umweg über mehrere Länder umgangen wird bzw. dass durch die
Zerlegung von Waffen in Einzelteile, die dann in Spannungsgebieten wieder
zusammengesetzt werden, die Lieferung verheimlicht wird.

70 Das Exportverbot muss auch Länder betreffen, die mittelbar an kriegerischen
Auseinandersetzungen und Bürgerkriegen beteiligt sind, so wie sich zur Zeit Saudi-Arabien
am Krieg im Jemen beteiligt.

Neue Initiativen zur atomaren – und konventionellen – Abrüstung statt Forderungen

75 **nach immer größeren Militärausgaben.**

Wir lehnen das 2%-Ziel der NATO ebenso wie die Erhöhung des deutschen Rüstungsetats ab. Eine pauschale Erhöhung der Wehretats auf 2% ist nicht notwendig. Viel sinnvoller ist eine Verbesserung der Ausstattung der Bundeswehr über die Nutzung von Synergien
80 mittels einer gemeinsamen europäischen Beschaffungspolitik. So können Finanzmittel eingespart, abgerüstet und zugleich effektiv für Sicherheit gesorgt werden. Mit der im Koalitionsvertrag bereits vereinbarten Anhebung des Wehretats soll zudem eine engere Zusammenarbeit mit Bündnispartnern und Maßnahmen für Seenotrettungen verfolgt werden.

85 Bestrebungen zur Schaffung einer gemeinsamen europäischen Rüstungsindustrie unter Aufweichung nationaler Exportrichtlinien lehnen wir hingegen ab. Dafür setzen wir auch hier auf europäische Synergie durch den Aufbau einer gemeinsamen Beschaffungspolitik. Dafür führen wir auch eine gemeinsame restriktive Kontrolle von Rüstungsexporten ein,
90 die durch ein parlamentarisches Kontrollgremium mit überwacht wird und Verstöße hart sanktioniert.

Nationale Armeen sollen in eine gemeinsame vom Europäischen Parlament kontrollierte Armee überführt werden. Diese wird insgesamt einen kleineren Umfang als die bisherigen nationalen europäischen Armeen haben. Damit eröffnen sich Möglichkeiten für
95 konventionelle Abrüstung und einen effizienteren Ressourceneinsatz. Eine Ausrichtung der Bundeswehr auf eine stärkere Verschränkung mit Armeen anderer EU-Mitgliedstaaten, wäre dabei ein erster bedeutender Schritt.

Wir müssen die Automatisierung von Kriegsführung durch künstliche Intelligenz dringend regeln und begrenzen. Dazu gehört z.B. ein Verbot von bewaffneten Drohnen, erst recht für
100 vollautomatisierte Waffensysteme. Um Technologien zum Wohle der Menschen zu entwickeln, bedarf es ethischer Richtlinien. Denn jedes autonome Waffensystem funktioniert mit derselben mechanischen Konsequenz wie beispielsweise Tretminen. Diese sind aus guten Gründen völkerrechtlich längst verboten. Deshalb ist es dringend geboten,
105 die technische Entwicklung politisch zu begleiten.

Europa bleibt ein Friedensprojekt: Unser Ziel bleibt eine gemeinsame vertraglich geregelte Außen- und Sicherheitspolitik der EU, die vom Europäischen Parlament kontrolliert wird.

110 **Eine humane Flüchtlingspolitik auf europäischer Ebene und weltweit.**

Noch nie wie zuvor waren so viele Menschen vor Gewalt auf der Flucht wie heute. Mitte 2018 waren weltweit etwa 68 Millionen Menschen auf der Flucht. Weltweit lebten etwa 85 Prozent der Flüchtlinge Ende 2017 in Staaten mit niedrigen oder mittleren Einkommen.
115 Diese Staaten benötigen die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft. Die UN-Flüchtlingshilfe muss für ihre Arbeit in den Konfliktregionen adäquat ausgestattet sein. Dafür müssen die UN-Staaten ihren finanziellen Verpflichtungen nachkommen. Die Europäische Union kann hier Vorreiter humanitärer Hilfe sein.

120 Innerhalb der EU soll es das Ziel sein, ein auf Freiwilligkeit basierendes Anreizsystem zu etablieren, welches die Infrastrukturen von Kommunen, die Geflüchtete aufnehmen, über einen 'Kommunalen Entwicklungs- und Investitionsfonds' gezielt fördert. Entscheidet eine Kommune, dass sie Kapazitäten für die Aufnahme von Geflüchteten hat, so soll sie diese auf europäischer Ebene anmelden können. In entsprechenden Institutionen der europäischen Mitgliedsländer sollen Asylsuchende drei Kommunen aus der Liste von
125 Bewerber-Kommunen auswählen und priorisieren. Danach erfolgt eine Zuweisung. Der Fonds soll, entsprechend ihrer Wirtschaftskraft, von allen europäischen Ländern getragen werden. So werden Geflüchtete in der politischen und öffentlichen Debatte endlich zu einer Chance, statt als Belastung gesehen zu werden.

130 Solange es keine durch die EU geregelte Seenotrettung im Mittelmeer gibt, müssen NGOs

und Flüchtlingshelfer*innen bei ihrer Arbeit unterstützt werden.

Für eine gerechte Welt

135 Die gegenwärtige **Weltwirtschaftsordnung** wird den Bedürfnissen der Weltbevölkerung
nicht gerecht. Während in den vergangenen Jahrzehnten die absolute Armut gesenkt
werden konnte, verschärft sich die Ungleichheit innerhalb der Staaten. Eine nachhaltige
140 Reduktion von Armut ist nicht in Aussicht. Wir sehen die internationalen Organisationen
der Sozialdemokratie wie die Sozialistische Internationale und die Progressive Alliance in
der Pflicht, Alternativen zur kapitalistischen Globalisierung zu formulieren und
durchzusetzen. Kernpunkt bleibt dabei für uns, das Jahrzehnte alte Versprechen der
Industrieländer, 0,7% ihres Bruttosozialproduktes in die **Entwicklungszusammenarbeit** zu
investieren, endlich einzulösen. Für den EU-Haushalt wollen wir sogar ein Prozent des
Haushaltes für diese Aufgaben verwenden.

145 Ein weiterer Kernpunkt ist die Frage des Freihandels. Für uns ist klar, dass die
Welthandelsorganisation (WTO) - bei all ihren Schwächen - das Gremium ist, das am
ehesten einen Dialog auf Augenhöhe ermöglicht. Gegenüber bilateralen
Freihandelsabkommen präferieren wir multilaterale Abkommen. Durch sie kann ein freier
und fairer internationaler Handel sichergestellt werden. Zudem bieten uns multilaterale
150 Abkommen die Chance, soziale und ökologische Mindeststandards zu vereinbaren – wie
die ILO-Kernarbeitsnorm, ein Verbot von Kinderarbeit oder Wasser- und Ressourcenschutz.
Um die WTO zu stärken, müssen wir sie unabhängiger gestalten – auch wenn eine Reform
zu Lasten der westlichen Industrienationen gehen könnte. Für mehr Transparenz sollen
nach Vorbild der UN künftig alle Dokumente veröffentlicht werden.

155 Wir wollen einen **Handelskrieg** mit den USA verhindern. Die Ankündigung von Donald
Trump, Strafzölle auf Autos und Autoteile aus der EU zu erheben, ist genau der falsche
Weg. Protektionismus ist keine Lösung!

160 Dazu gehört aber auch die Einsicht, dass die EU in vielen Bereichen höhere Zölle hat als
die USA. Die EU sollte hier Verhandlungen über wechselseitige Reduzierung des
Zollniveaus anstreben. Zur Wahrheit gehört auch, dass die Außenhandelsungleichgewichte
innerhalb der EU auch weltweit zum Problem geworden sind. Die EU und insbesondere
Deutschland hat die Verantwortung eine Wirtschaftspolitik zu führen, welche den
165 Binnenmarkt vor den Export setzt, damit andere Staaten keine Gegenmaßnahmen ergreifen
müssen. Insbesondere Zölle auf verschiedene Veredelungsstufen diskriminieren Länder der
Dritten Welt. Wer eine nachhaltige und gerechte Weltwirtschaft will, darf keine Strukturen
dulden, die den Export von Primärprodukten erleichtert, aber Produkte mit höherer
Wertschöpfung bestraft. Diesen Missbrauch europäischer Marktmacht zu Lasten von
170 Entwicklungs- und

Schwellenländern lehnen wir ab! Die EU darf keine Strafzölle mehr verhängen, um
Handelsverträge oder Vertragsbestandteile durchzusetzen. Subventionierte Produkte dürfen
in Freihandelsabkommen nicht mehr als “sensible Produkte” aus den Verträgen
175 herausgehalten werden. Damit die EU in Zukunft als verantwortungsvoller Partner
auftreten kann und einzelne Mitgliedstaaten den Abschluss von Handelsabkommen nicht
mehr blockieren können, sollen auch umfassende Freihandelsabkommen durch ein
Mehrheitsvotum des Europäischen Parlaments und des Rates zustande kommen. Für die
Abstimmung im Rat sind wiederum die Regierungen an die Zustimmung der nationalen
180 Parlamente zu binden. Es darf in solchen Verträgen allerdings keine Investoren-
Schutzabkommen und keine Zulassung von Schiedsgerichten geben. Die
Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) sind in den Programmen
und Verträgen für alle Freihandelsverträge der WTO verbindlich zu verankern.

185 **Joint Way Forward aussetzen - Abschiebungen nach Afghanistan stoppen.**

Seit dem Abzug des größten Teils der ISAF Truppen Ende 2014 ist die Sicherheitslage in

190 Afghanistan Jahr für Jahr volatiler geworden. Die Zahl der zivilen Opfer ist kontinuierlich gestiegen. (Quelle: UNAMA). Die Zahl der militärischen und zivilen Opfer zusammen betrug 2018 über 44.500 Menschen. Die Vereinten Nationen haben das Land im Herbst 2017 von einem "post conflict country" auf ein "country in conflict" degradiert. Dennoch behaupten europäische Politiker nachwievor, dass Afghanistan ein sicheres Land sei, in welches man Menschen ohne Bedenken abschieben könne, während selbst der afghanische Integrationsminister die europäischen Partner bittet, Abschiebungen auszusetzen. (25.03.2019 an die Niederlande)

195 Einige Mitgliedstaaten, wie z.B. Norwegen, die Niederlande und Schweden nutzen Joint Way Forward, um unter diesem Abkommen Familien mit minderjährigen Kindern, minderjährige Unbegleitete und Menschen mit geistiger Behinderung abzuschieben. Es ist nicht hinnehmbar, dass die Europäische Union in Hinblick auf die Sicherheitslage in 200 Afghanistan solcherlei Praktiken ausübt.

Die Europäische Union muss das Rücknahmeabkommen aus 2016, Joint Way Forward, aussetzen, und aufhören auf Basis der Sicherheitslage zu argumentieren/begründen.

205 Einheitliche Asylverfahren Zeitgleich variieren die Anerkennungsquoten afghanischer Asylsuchender innerhalb der europäischen Länder. Während die Quote in Frankreich nachwievor bei etwa 86% Anerkennungen liegt, ist sie in Deutschland von 2014 mit 87% auf nunmehr 47% Zuerkennung Asyl oder Subsidiärer Schutz gesunken. Dies führt dazu, dass es eine innereuropäische Migrationsbewegung abgelehnter Asylbewerber gibt, welche 210 versuchen, nach einer Ablehnung in einem anderen Mitgliedstaat Asyl/Schutz zu erhalten. Sie sind gezwungen über Jahre auf der Flucht zu sein.

Die Europäische Union muss dafür Sorge tragen, dass es ein einheitliches Anerkennungsverfahren gibt, welches eine faire, und nicht von innenpolitischen Interessen gelenkte, Behandlung des Schutzersuchens unabhängig von der Nationalität gewährleistet.

215 **Frieden und Zusammenarbeit im Ostseeraum**

Der Ostseeraum ist eine einzigartige Region der friedlichen Kooperation. Diese Region kann als Friedensvorbild weltweit gelten. Es ist wichtig mit allen Ostseeanrainerstaaten stets im Dialog zu stehen und niemanden auszuschließen. Zusammenarbeit ist der Kern des 220 friedlichen Miteinanders.

Ostsee erfahren

225 Der Ostseeraum kann nur als solcher existieren, wenn sich die Menschen in der Region derer bewusst sind. Der Ostseeraum muss erfahrbarer werden. Beispielsweise können wir die Zusammenarbeit mit unseren Schwesterparteien in den Ostseestaaten intensivieren und somit einen Teil zum Erhalt des Friedens und Austausches leisten.

Kooperation

230 Die Kooperationsmöglichkeiten der Ostseestaaten sind vielfältig. Besonders auf der Hand liegen jedoch die Bereiche des Umweltschutzes, der Infrastrukturpolitik und des gemeinsamen Arbeitsmarktes. Umso enger die Staaten zusammenarbeiten, umso mehr wird der Frieden und das gegenseitige Verständnis gesichert.

Minderheiten

235 In den Ostseestaaten leben Minderheiten. Diese haben ein Anrecht auf Schutz. Daher fordern wir eine*n EU-Minderheitenkommissar*in it Standards zum Minderheitenschutz.

240 Russland

Es gibt eine grundlegende Wahrheit: Frieden in Europa ist nur mit und nicht gegen

Russland möglich. Deshalb ist der Dialog mit Russland so wichtig. Wandel durch Annäherung funktioniert auch um 21. Jahrhundert. Dabei dürfen wir nicht naiv sein. Die EU und Russland müssen ihr gegenseitiges Verhältnis ordnen. Dafür brauchen wir eine ehrliche Diskussion innerhalb der europäischen Staaten, mit Russland und den Ländern der östlichen Partnerschaft. Rote Linien und gemeinsame Interessen müssen gegenseitig deutlich werden. Erst auf dieser Grundlage können wir weiter über ein gemeinsames europäisches Haus mit Russland und der EU nachdenken. Das ist für mich der entscheidende Teil europäischer Sicherheitsarchitektur.

Partei

Programm und Profil

(Angenommen)

Die SPD Schleswig-Holstein begrüßt die Impulse zur Profilierung und die Ideen für das Programm der Partei. Das weitere Verfahren vereinbaren wir wie folgt:

- 5 1. Auf dem ordentlichen Landesparteitag 2019 findet eine breite Generaldebatte zu dem gesamten Papier statt.
2. Die Gliederungen können aus dem Inhalt dieses Impulses eigene Sachanträge für den Landesparteitag oder auch den Bundesparteitag entwickeln. Dies wird auch der Landesvorstand tun.
- 10 3. Landesvorstand, Landtagsfraktion, die Landesgruppe der Bundestagsabgeordneten und die Europaabgeordnete verstehen die Impulse als konkreten Arbeitsauftrag, programmatisch auf dieser Basis wie auch auf den Papieren „Friedenspolitik heute“ und „Mehr Gerechtigkeit wagen“ (sowie in der Arbeitsgruppe des Gewerkschaftsrates zur Zukunft der sozialen Sicherungssystem) weiter zu arbeiten.
- 15 4. Diese Impulse dienen als Grundstein für die Debatte zum nächsten Regierungsprogramm.

Wir brauchen Mehrheiten links der Mitte!

(Angenommen)

5 Die Identität der sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist nicht durch wahltaktische Überlegungen, sondern durch ihre Werte und Grundsätze bestimmt. Die SPD steht für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Unsere Ziele und Visionen müssen wir immer im Blick behalten und diese klar und unmissverständlich kommunizieren. Ein pragmatischer Kurs darf unsere Visionen von der Welt, wie sie sein sollte, nicht verdecken.

10 Die SPD als Partei muss in der Außendarstellung im Vordergrund stehen. Das bedeutet: Im Bund darf nicht die Fraktion mit ihrer Rücksichtnahme auf die Koalition mit CDU & CSU das Bild prägen. In der Regierungsarbeit müssen Kompromisse eingegangen werden; dadurch muss oft von unserer Programmlinie abgewichen werden. Dieses muss die SPD besser kommunizieren und den Bürgern erklären. Der Blick auf unsere Visionen darf nicht verstellt werden.

15 In der großen Koalition können wir konkrete Verbesserungen für die Menschen erzielen, jedoch lassen sich ambitionierte Ziele für Gerechtigkeit und Solidarität dort nicht verwirklichen. Mittel- bis langfristig ist das zu wenig!

20 Wir brauchen Mehrheiten links der Mitte, die eine progressive Politik auf Basis unserer Werte umsetzen. Diese Mehrheiten müssen wir anstreben, und das muss die SPD als Partei ohne Rücksicht auf die große Koalition kommunizieren!

Starke Ortsvereine, starke Mitglieder

(Angenommen in geänderter Fassung)

Ortsvereine sind die Basis der SPD

5 Die politische Basis der Partei sind die Ortsvereine. Hier wird der Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern gehalten, hier kommen alle gesellschaftlichen Aspekte zusammen. Genau dieses dient der Meinungsfindung und –bildung innerhalb der Mitgliedschaft und entscheidet über zukünftige Politik auf allen Ebenen.

10 In den Ortsvereinen werden die politischen Diskussionen zu allen politischen Themen geführt, sodass die Anforderungen für die Ortsvereinsebene sehr groß sind.

15 Wir brauchen den wertschätzenden Umgang miteinander. Der im Ortsverein geleisteten ehrenamtlichen Arbeit begegnen wir mit Respekt. Wegen der zunehmenden Arbeitsverdichtung auch im politischen Ehrenamt muss gewährleistet werden, dass die notwendige Unterstützung vom Kreisverband, Landesverband und Hauptamtlichkeit sichergestellt ist.

Neumitglieder- und Mitgliederbindung

20 Neumitglieder und Mitglieder sollen sich innerhalb der Partei wahrgenommen, mitgenommen oder wertgeschätzt fühlen, damit Sie sich in ihrem Engagement nicht zurückziehen oder gar die Partei verlassen. Daher ist es unser Ziel mit verschiedenen Ansätzen die bessere Bindung und Einbindung in die SPD zu fördern.

25 Der Kreis- und der Landesverband bietet den Ortsvereinsvorsitzenden bei allen inhaltlichen und organisatorischen Fragen Unterstützung an. (Leitfaden Neumitglieder, Leitfaden Talente erkennen und fördern, Leitfaden innerparteilicher und öffentlicher Wahlen, 1x1 der Ortsvereinsarbeit). Ziel sollte es sein, dass Neumitglieder grundsätzlich persönlich begrüßt werden. Wenn möglich, soll schon ein persönliches Gespräch mit einer Vertrauensperson aus dem Ortsverein geführt werden, bevor das Neumitglied zur ersten Sitzung eingeladen wird.

Regionale Fortbildungen für Ortsvereinsvorsitzende bzw. Ortsvereine

35 Zur Vernetzung und Meinungsbildung finden mindestens einmal jährlich auf Landes- und Kreisebene Ortsvereinskonferenzen statt.

40 Neumitglieder und Mitglieder sollten je nach Ihren Interessen durch die Ortsvereinsvorsitzenden oder Mitgliederbeauftragten mit den bestehenden AGs vernetzt werden. AGs sollten in OV-Veranstaltungen mehr eingebunden oder vorgestellt werden!

Die Kreisverbände unterstützen die Ortsvereine bei der Vernetzung und der Zusammenarbeit (z.B. gemeinsame Veranstaltungen)

45 Die Herausforderung der Einbindung der Neumitglieder und neu zugezogenen Mitglieder ist in allen Ortsvereinen und Kreisverbänden ähnlich. Daher wird der Landesverband einen Handlungsleitfaden entwickeln, der die Abläufe auf den unterschiedlichen Gliederungsebenen optimiert und koordiniert. Die Mitgliederbeauftragten auf Landes-, Kreis- und Ortsvereinsebene erstellen diesen Leitfaden.

50 Jubilarehrungen nutzen wir zur gegenseitigen Wertschätzung und die Ortsvereine werden bei der Vorbereitung durch Kreisverband und Landesverband unterstützt. Um das Bild unserer Partei in der Öffentlichkeit zu verbessern, streben wir an, dass Ehrungen von

verdienten Mitgliedern grundsätzlich mit der Begrüßung von Neumitgliedern verbunden werden sollen, die MAVIS informiert rechtzeitig automatisiert.

Antragsbereich P/ **Antrag 8**

Kreisverband Kiel

Neustart für die „digitale Parteiarbeit Bund“

(Angenommen in geänderter Fassung)

Als Partei müssen wir mit der Zeit gehen und fortlaufend über neue Formen der Parteiarbeit nachdenken. Dazu gehört auch die digitale Beteiligung, zum Beispiel über digitale Ortsvereine.

Die vielen Möglichkeiten, die uns digitale Arbeitsformen bieten, werden bisher nur zum Teil genutzt.

Zu wenige Mitglieder in der SPD arbeiten überhaupt mit oder haben das Gefühl, mitmachen zu können. Ein Teil davon kann durch ein erweitertes Online-Portal eingebunden werden.

Gleichzeitig gibt es eine hohe Belastung aktiver Funktionär*innen, die durch smarte Angebote unterstützt werden können und so mehr Zeit für den Kern politischer Arbeit haben. Das Online-Portal SPD.de muss zum Kraftzentrum der Parteiarbeit werden, ohne rein analog arbeitende Mitglieder auszuschließen.

Grundsätze einer Reform der Online-Infrastruktur der SPD sind mehr Beteiligung, smartere und gezieltere Angebote, Vereinfachung der Parteiarbeit durch digitale Assistenz bei Routineaufgaben.

Wir fordern den SPD-Parteivorstand auf, ein barrierefreies Online-Portal für die Parteiarbeit zur Verfügung zu stellen, das die folgenden Kriterien erfüllt:

1. Ein Ort zum inhaltlichen Austausch jenseits von Sitzungen und Veranstaltungen. Dabei soll die Möglichkeit von Meinungsbildern, zum Beispiel zu laufenden Prozessen, durch ein barrierefreies Umfragetool geschaffen werden.

2. Ein barrierefreies Beschluss-Controlling sollte integriert werden. Im Mittelpunkt stehen die Fragen: Was ist mit unseren Beschlüssen passiert? Was steht als nächster Schritt an? Dadurch können die politischen Entscheidungsgremien ihre Arbeit transparenter gestalten.

3. Enge Verknüpfung mit Wissensmanagement: alle Informationen rund um die SPD an einem Ort (Was sind meine Aufgaben als OV-Vorsitzender, wie organisiere ich eine Veranstaltung, warum hat sich die SPD-Bundestagsfraktion in dieser Frage so verhalten?). Fertige Vorlagen für Anträge auf Sondernutzung (Plakatierung, Infostände etc.). Best-Practice-Datenbank/Ideenbörse zur Parteiarbeit mit sinnvollen Kategorisierungen (z.B. für kleine Orte, etc.) einbinden. Die Informationen sollten dabei nicht nur in Textform, sondern auch visuell aufbereitet vorliegen (Videos, Grafiken und Bilder)

4. Ein Ort der kollegialen Beratung, der Antworten auf Fragen bietet (ähnlich wie Gutefrage.net). Hilfreiche Antworten könnten durch Auszeichnungen oder ähnliches belohnt werden.

5. Es sollte eine barrierefreie Form von Projektmanagement-Tool geben, das für die Parteiarbeit optimiert ist. Damit wäre ein für alle Mal die Frage geklärt, wie sich Vorstände online organisieren können. Integriert soll ein barrierefreier Cloud-Service für alle

Gliederungsebenen sein.

- 50 6. Es muss eine Moderation geben, die sicherstellt, dass die Diskussion einen Mehrwert bietet. Der Effekt von SPD-Facebookgruppen, die häufig von wenigen Lautsprechern dominiert werden, sollte vermieden werden. Hier ist es auch denkbar verschiedene Untergruppen je nach Wissensstand und Interessen zu bilden. Denkbar wäre es, dass Mitglieder, die besonders hilfreiche Antworten geben, auch Moderationsrechte erhalten.
- 55 7. Die wichtigsten aktuellen, inhaltlichen Botschaften und Erfolge der SPD müssen (gegliedert nach Kommune, Land, Bund) knapp, allgemeinverständlich und angepasst auf das eigen Interessensgebiet präsentiert werden (Dashboard/Startseite).
- 60 8. Die wichtigsten Kontaktdaten müssen auf einen Blick verfügbar sein. (Dashboard/Startseite). Zuständige Mandatsträger, Ortsvereinsvorsitzende, Kreisvorstand abhängig von den eingegebenen Daten auch Arbeitsgemeinschaften/Arbeitskreise (AfA, Jusos, Selbstständige)
- 65 9. Smarte Hinweise auf zum Beispiel nach dem eigenen Profil interessante Veranstaltungen (du hast bereits bei drei ähnlichen Veranstaltungen teilgenommen) so geht weniger in der Flut der E-Mails unter. Hier wäre es auch denkbar, dass Terminhinweise in einem Portal gesammelt werden und daraus automatisch einmal im Monat eine Termin-Mail integriert.
- 70 10. Zur Koordinierung der unterschiedlichen und vielfältigen Aufgaben der digitalen Parteiarbeit wird eine zentrale Anlaufstelle zur strategischen Koordinierung geschaffen.

Der SPD-Landesverband Schleswig-Holstein wird sich mit Nachdruck dafür einsetzen, dass diese Maßnahmen bis zum Jahr 2021 umgesetzt werden.

Antragsbereich P/Antrag 11

Landesvorstand

Starke Kandidierende, starke Partei

(Angenommen in geänderter Fassung)

Auswahl und Verfahren bei Kandidaturen

- 5 Bereits die Auswahl von Kandidaturen bewegt die Parteigliederungen weit im Vorfeld der Listenaufstellungen. Von der Auswahl der Genossinnen und Genossen, die die Politik der SPD in den Parlamenten und kommunalen Vertretungen oder Rathäusern verkörpern, hängt in der Binnen-, aber auch Außenwahrnehmung viel ab. Unsere Inhalte werden über Menschen vertreten, vermittelt und durchgesetzt.
- 10 Wir erleben insbesondere dort, wo amtierende Mandatsträgerinnen und Mandatsträger sich erneut um eine Kandidatur für Mandate auf Landes- und Bundesebene bewerben, kaum Konkurrenzsituationen bei Wahlen, die eine Auswahl der Parteigliederungen zwischen alternativen Kandidaturen ermöglichen. Andererseits erleben einige Gliederungen auch zu wenige Kandidaturen für (kommunale) Listen oder Vorstände. Obwohl unsere Fraktionen vielfältiger geworden sind, kandidieren oftmals ähnliche "Personengruppen", d.h. sie ähneln sich oft in der beruflichen Erfahrung, sind häufiger Männer als Frauen und sind bestimmten Regionen (z.B. Ortsvereinen oder Kreisverbänden) zuzuordnen (z.B. Beruf, Geschlecht, Region).
- 15
- 20 Die Bewerbungsverfahren sind dabei häufig nicht für alle potentiellen Kandidatinnen und Kandidaten nachvollziehbar. Dadurch fühlen sich viele potentielle Kandidat*innen auf

25 allen Ebenen ausgeschlossen. Kandidat*innen sind auf manchen Ebenen unbekannt und können auf unterschiedliche Ressourcen zurückgreifen. Mögliche Kandidierende werden oftmals im Unklaren über die konkreten Anforderungen und Aufgaben gelassen. Unabhängig davon sind Kandidatinnen und Kandidaten dazu angehalten, ihre Initiative, Neugierde und ihren Enthusiasmus in den Bewerbungsprozess einzubringen.

30 Zum (selbst)kritischen Umgang mit Kandidaturen gehört für die aufstellenden Gremien auch, das Auswahlverhalten kritischer zu reflektieren und gleiche Rahmenbedingungen für alle Kandidierenden zu schaffen. Dies setzt eine offene Kultur für neue Kandidierende voraus, denen dafür dieselbe Unterstützung zuteilwerden muss, wie den amtierenden Amts- und Mandatsträgerinnen bzw. -trägern. Wir wollen daher eine „Kultur der gleichen Chancen“ etablieren. Für diesen innerparteilichen, demokratischen Auswahlprozess sollte dabei das Grundverständnis bestehen, dass die Übernahme von Mandaten Verantwortung auf Zeit bedeutet.

Daraus ergeben sich folgende Forderungen:

40 *Transparenz der Bewerbungsverfahren*

Der Landesparteitag erwartet von allen Gliederungen, spätestens mit Versand der Einladung zur Wahlversammlung einen Aufruf zur Kandidatur zu verschicken, in dem Fristen, Aufgaben, Anforderungen und das weitere Verfahren transparent dargestellt werden.

45 *Mindestanforderung bei Bewerbungsverfahren*

50 Ein Auswahlverfahren bei öffentlichen Wahlen muss folgenden Mindestanforderungen entsprechen: parteiöffentliche Vorstellungsrunden, Versand der schriftlichen Bewerbungen, Berücksichtigung der unterschiedlichen zeitlichen und finanziellen Ressourcen (bspw. Fahrtkostenerstattung, Vorstellungen per Videochat)

Arbeitsbeschreibung für Parteiämter

55 Die jeweiligen Gliederungen legen vor der Nominierung der Kandidatinnen und Kandidaten für Parteiämter in geeigneter Weise das Programm sowie die Schwerpunkte und Zielsetzungen, die durch das Personentableau vertreten werden sollen, fest. Dies soll sicherstellen, dass ausgehend von der programmatischen Ausrichtung Kandidierende mit entsprechenden Profilen motiviert werden, sich zu bewerben.

60 *Patensystem*

Die Kreisverbände und der Landesverband werden gebeten, ein Patensystem anzubieten, durch das potentielle Kandidat*innen auf allen Ebenen von erfahrenen Mitgliedern an die Hand genommen werden

65 *Unterstützung des Landesverbandes*

Der Landesverband erstellt einen Leitfaden zu Verfahren bei Kandidaturen für alle Ebenen und erarbeitet einen Ideenpool für verschiedene Veranstaltungsformate zur Vorstellung von Kandidat*innen.

70 *Amtszeitbegrenzung*

Demokratie bedeutet immer Verantwortung auf Zeit. Ob Ämter und Mandate für die Begrenzung auf eine maximale Anzahl von Wahlperioden in Frage kommen, wird durch eine vom Landesparteirat einzurichtende Kommission geprüft und dem Parteitag anschließend ggf. nach ausführlicher Debatte in den Ortsvereinen, Kreisverbänden und Arbeitsgemeinschaften zur Beschlussfassung vorgelegt.

Als übergeordnetes Ziel halten wir weiterhin daran fest, insbesondere Bewerberinnen systematisch zu stärken.

Faire Listenaufstellungen

80

Listenaufstellungen sind schwierige Verfahren, die unsere Parteigremien vor große Herausforderungen stellen. Wir freuen uns über jede und jeden, die oder der Verantwortung für die Partei übernimmt. Listenaufstellungen für öffentliche Wahlen haben in der Vergangenheit auf allen Ebenen immer wieder zu Unmut geführt. Im Zusammenhang mit Direktmandaten und Spitzenkandidaturen gibt es nach wie vor Defizite bei der gleichberechtigten Berücksichtigung von Frauen und Männern. Listenvorschläge berücksichtigen oftmals nicht die gesellschaftliche Breite in Bezug auf Alter, Beruf oder Herkunft. Regelmäßig führt das Prinzip, dass Amtsinhaber*innen bevorzugt aufgestellt werden zu Kritik. Mit abnehmendem Wahlerfolg produziert das Regionalitätsprinzip (Berücksichtigung auf Listen nach Herkunft aus Regionen) zunehmend Verlierer, weil nicht alle Regionen berücksichtigt werden können. Derzeit kann der Eindruck entstehen, dass Listenaufstellungen nicht immer auf einer Bestenauswahl, sondern auf intransparenten Kriterien beruhen.

85

90

95

Daraus ergeben sich folgende Forderungen:

Auswahlverfahren der SpitzenkandidatInnen zur Europawahl

100

Der Landesverband nominiert, sofern alle anderen Landesverbände dies auch machen, zur nächsten Europawahl gleichberechtigt eine Spitzenkandidatin und einen Spitzenkandidaten und setzt sich im Bundesverband dafür ein, dieses Verfahren für alle Landesverbände verbindlich einzuführen.

Auswahlverfahren bei Landes- und Bundeslisten

105

Die bisherigen Verfahren unserer Listenaufstellungen lösen einige der vorhandenen Defizite nicht. Dennoch liegt der Schlüssel hierfür primär bei der Aufstellung in den Wahlkreisen, weil einige Probleme nicht durch die Listenaufstellung gelöst werden können. Der Landesvorstand und die Kreisvorstände werden aufgefordert, Listenvorschläge für öffentliche Wahlen den zuständigen Parteigremien mindestens eine Woche vorher bekanntzugeben.

110

Nominierung der Kandidierenden

115

Unabhängig vom Verfahren der Listenaufstellung bei Gemeinde-/ Kreistags-, Landtags- und Bundestagswahlen erfolgt die Nominierung der Wahlkreiskandidatinnen und -kandidaten vor der Nominierung der Listenkandidatinnen und -kandidaten. Die Kreisverbände werden aufgefordert, für die Listenaufstellungen mindestens sechs Monate vor der Aufstellung der Liste transparente und überprüfbare Kriterien zu erstellen, die der Listenaufstellung zugrunde liegen.

120

Paritätisches Wahlrecht

125

Die Landtagsfraktion wird aufgefordert, bis zum nächsten Landesparteitag einen Bericht vorzulegen, aus dem die Umsetzungsmöglichkeit für die Einführung eines paritätischen Wahlrechts in Schleswig-Holstein hervorgeht.

Seminare und Feedbackkultur

130

Bildungsarbeit hat in der SPD Schleswig-Holstein eine lange und erfolgreiche Tradition. Die Anforderungen an haupt- und ehrenamtlich Gewählte haben sich in den letzten Jahren erheblich verändert. Von Bürgerinnen und Bürgern werden schnell Reaktionen erwartet. Das Medienverhalten der Menschen ist vielfältiger geworden. Von den Gewählten wird immer mehr Kompetenz, Authentizität und Einfühlungsvermögen erwartet. Persönliche Angriffe auf Gewählte und politisch Engagierte sind leider immer mehr zum Alltag in der

135 politischen Auseinandersetzung geworden. Wir stehen für eine andere politische Kultur und
müssen in unserer Bildungsarbeit reagieren.

Daher richtet sich unsere Bildungsarbeit an Talente, Engagierte und zudem gezielt an
Mandatsträgerinnen und -träger.

140 Zukünftig wollen wir die Vorbereitung von Auswahlprozessen und die Talentförderung
noch stärker berücksichtigen. Darum erweitert der Landesverband das Seminar- und
Schulungsangebot – im Rahmen seiner finanziellen Möglichkeiten - um die folgenden
Bereiche:

- 145 1. *“Erfolgreiche Kandidaturen” - Vorbereitung von Kandidat*innen auf
innerparteiliche- und öffentliche Wahlverfahren*
2. *Patensysteme für Kreisverbände - Verantwortliche erarbeiten gemeinsam eine
Vorlage für ein Patensystem auf Kreisverbandsebene und stellen es anschließend in
geeigneter Weise den Ortsvereinen vor*
- 150 3. *Innovative innerparteiliche Veranstaltungen - Verantwortliche aus den
Kreisverbänden erarbeiten gemeinsam eine Vorlage für innovative innerparteiliche
Veranstaltungen, z.B. für Kandidaturverfahren*
4. *Weiterentwicklung der Schulungsangebote der Landesebene: Talentmanagement,
Teamentwicklung, Führungskräftebildung unter besonderer Berücksichtigung der
Feedbackkultur*
- 155 5. *Die Schulung von KommunalpolitikerInnen und KV-/OV-/AG-Vorsitzenden sehen wir
als wichtige Aufgabe der Partei. Bestehende Angebote sollen möglichst ausgeweitet
werden.*
6. *Begleitung/Moderation von Klausurtagungen für die jeweiligen
160 Ebenen/Gliederungen darunter (Landesebene -> Kreisebene, Kreisebene ->
Ortsvereinebene)*
7. *Gezielte Coaching-Maßnahmen für politisch Verantwortliche*
8. *Erstellung eines Führungs- und Feedbackleitfadens in Zusammenarbeit von Kreis-,
Landes-Arbeitsgemeinschaften- und Landesvorstandsmitglieder zum Abruf auf der
165 SPD-Homepage*

Gleichzeitig wird ein „Talentpool“ etabliert, der es der Partei langfristig ermöglicht,
mögliche Bewerberinnen und Bewerber für ehren- und hauptamtliche Funktionen zu
gewinnen. Der Landesvorstand entwickelt in Abstimmung mit den Kreisvorsitzenden ein
170 Maßnahmenpaket, um Talente zentral und gezielt ansprechen und fördern zu können. Die
Kreisvorstände werden gebeten, ergänzende und eigene Konzepte zur Bildungsarbeit zu
entwickeln.

*Antragsbereich P/ **Antrag 12***

Landesvorstand

Die Hälfte der Macht – Frauenförderung im SPD Landesverband SH

(Angenommen)

Der Landesverband bietet ein jährliches Seminar zur Förderung von Frauen* jeden Alters
an, an dem jedes Jahr mindestens 20 Genossinnen* teilnehmen können.

5 Zusätzlich stellt der Landesverband/Landesvorstand ein Budget zur Verfügung, das
Gruppierungen innerhalb der SPD auf Antrag dazu nutzen können, Projekte oder Aktionen
zur Frauenförderung, -aktivierung und -gewinnung durchzuführen.

*Antragsbereich P/ **Antrag 14***

Verhaltenskodex für die SPD SH

(Angenommen in geänderter Fassung)

5 Der Landesvorstand wird beauftragt, auf Grundlage des in Kommission II, Untergruppe "Kultur verändern" vorgelegten Papiers einen Verhaltenskodex für die SPD SH zu erarbeiten und dabei insbesondere den Abschnitt *Frauen in der SPD* (Seite 59 bis 66) zu berücksichtigen. Der Entwurf zu diesem Verhaltenskodex soll den Genoss*innen in den Kreisverbänden und Arbeitsgemeinschaften im 3. Quartal 2019 zur Diskussion gestellt werden. Die Beschlussfassung soll auf dem Parteitag in 2020 erfolgen.

Antragsbereich P/**Antrag 17**

Landesvorstand

Wahlkampf führen und Wahlen gewinnen

(Angenommen)

Ressourceneinsatz und Einbindung der Partei

5 Die SPD ist eine Mitmach-Partei. Wer in sie eintritt, will gestalten. Die Genoss*innen sind das Gesicht der SPD vor Ort und stehen dort, wo sie aktiv sind, für unsere Werte, Ideen und Politik. Trotz allem Idealismus und der Motivation dürfen wir nicht vergessen, dass es immer mehr weiße Flecken und sehr kleine Ortsvereine gibt, in denen Kampagnen, wie sie in heutigen Wahlkämpfen nötig wären, ehrenamtlich nicht durchführbar sind. Das führt zu Frustration und Überlastung der Ehrenamtlichen. Gleichzeitig können die hauptamtlichen Strukturen diese Probleme nicht auffangen, weil sie aufgrund der Gesamtsituation der Partei ebenfalls kleiner werden.

10
15 Wir brauchen also eine Doppelstrategie: Auf der einen Seite müssen wir die Mitglieder so gut wie möglich in den Wahlkampf einbinden, und ihre Energie und Kraft verstärken. Dafür brauchen wir, mehr anwendbarer Know-How vor Ort und eine hohe Motivation. Gleichzeitig müssen wir dort, wo Strukturen fehlen, mehr investieren. Dafür müssen die knappen Mittel der Partei zielgerichtet und in Teilen auch anders als in der Vergangenheit eingesetzt werden.

20 **Der Landesvorstand wird daher beauftragt folgende Punkte in diesem Sinne umzusetzen:**

25 Aufbau und Pflege eines leicht zugänglichen und umfassenden Terminkalenders, in dem auch alle ständigen Termine enthalten sind (Termine mit größerer Vorlaufzeit = Möglichkeit zur Organisation von Fahrgemeinschaften)

30 Um die Motivation für den Wahlkampf zu erhöhen, werden Genoss*innen von Beginn an an der Erstellung von Wahlprogrammen beteiligt und können vor dem Parteitag über Kernforderungen des Programms abstimmen. Das Programm wird in den Online-Themenforen zur Diskussion bereitgestellt. Benennung einer Kontaktperson im Landesverband, die bei Bedarf Kontakt zu Expert*innen für Diskussionen in den Kreisen und Ortsvereinen vermittelt

35 Das Thema „flächendeckende Plakatierung und Flyerverteilung“ zeigt deutliche Schwächen. Landesvorstand und Landesgeschäftsführer werden aufgefordert unter Berücksichtigung der Impulse aus der Kommission ein Konzept zu erarbeiten.

Wahlkampfzubereitung und Zielgruppenansprache

40 Die letzten Wahlkämpfe und die aktuellen Umfragewerte zeigen uns deutlich: Die SPD muss sich grundlegend verändern und andere Wege finden, den Menschen ihre Ideen und Politik nahezubringen. Dies betrifft auch die Art, wie wir Wahlkämpfe führen und wen wir mit diesen ansprechen wollen. Sieht man sich die Auswertung der Wahlergebnisse nach Sinus-Milieus an, fällt auf, dass die SPD in keiner einzigen Zielgruppe überdurchschnittliche Ergebnisse erzielt. Offenbar ist vollkommen unklar, für wen wir eigentlich Politik machen.

45 Dieses Problem ist nicht allein mit dem Austausch von Personen oder Themen behoben. Es hat auch damit zu tun, wie wir uns präsentieren, wie wir kommunizieren, wie wir unsere Ideen erklären (oder nicht erklären), wen wir mit unseren Aktionen überhaupt direkt ansprechen und mit wem wir inhaltliche, nicht zweckgebundene, Bündnisse eingehen.

50

Der Landesvorstand wird daher beauftragt folgende Punkte in diesem Sinne umzusetzen:

55 Wesentliche Elemente unserer Kampagnen werden mit Hilfe eines Online-Tools durch repräsentative Stichproben unserer Mitglieder auf ihre Wirkung getestet. Auf der Grundlage der ausgewerteten Ergebnisse kann eine fundiertere Entscheidung getroffen werden.

60 Entwicklung/Ideensammlung für neue, inhaltliche, innovative Give Aways durch den Landesvorstand, die keine Wegwerfartikel sind, und ein Alleinstellungsmerkmal haben

65 Künftig sollen nur wenige Veranstaltungen in geschlossenen Räumen als klassische Wahlkampfveranstaltungen stattfinden (siehe Gesprächstour bei LTW). Die freiwerdenden Mittel können beispielsweise in die flächendeckende Plakatierung oder Versorgung mit Flyern umgeleitet werden.

70 Die Gewichtung des Online-Wahlkampfes im Wahlkampfbudget wird überprüft. Die wachsende Bedeutung des Social-Media-Wahlkampfes soll sich im Etat widerspiegeln. Der Schwerpunkt des Mitteleinsatzes liegt dabei auf der Bewerbung und nicht auf der Produktion des Contents.

Mehrsprachiges Infomaterial + Programme erstellen

Programme in Alltagssprache erstellen

75 Haltung zeigen, belastbare Bündnisse schmieden

80 Einer der härtesten Vorwürfe gegen die Sozialdemokratie ist, dass wir unsere Haltung verloren hätten. Gleichzeitig haben die meisten von uns das Gefühl, zwischen den teilweise sehr unterschiedlichen Bestrebungen von Kommune, Land und Bund zermahlen zu werden. Zweckbündnisse wie mit der Union und schwer vermittelbare Kompromisse verstärken diesen Eindruck.

85 Gleichzeitig sind unsere echten zivilgesellschaftlichen Bündnispartner*innen für viele Menschen nicht sichtbar genug – und das obwohl zahllose Genoss*innen in vielen Ehrenämtern aktiv sind. Diese Verbindungen müssen wir im Sinne der klassischen Doppelstrategie auf allen Ebenen wieder stärken.

Der Landesvorstand und die Kreisvorstände verpflichten sich daher dazu folgende Punkte in diesem Sinne anzugehen:

90 Jeder Vorstand ab Kreisebene bemüht sich, sich personell vielfältig aufzustellen und reflektiert diese Bemühungen im eigenen Rechenschaftsbericht bzw. der Jahreshauptversammlung mit neuen Vorstandswahlen

Es werden Genoss*innen, die hauptsächlich außerhalb der SPD bei Partner*innen aktiv sind, in den Landesvorstand und in den Kreisvorständen zur Beratung bestimmter Themen regelmäßig eingeladen.

95

Keine Vergabe von Aufträgen an Firmen, die rassistisch, sexistisch, antiziganistisch, antisemitisch, homo- oder transphob oder anderweitig gruppenbezogen menschenfeindlich sind.

100

Die Eigenständigkeit der SPD Schleswig-Holstein muss auch bei widersprechenden Beschlüssen der Bundesebene deutlich werden.

Antragsbereich P/Antrag 18

Kreisverband Dithmarschen

Reduzierung von Plastik - Die SPD als Vorreiterin

(Angenommen in geänderter Fassung)

5

Die SPD Schleswig-Holstein wird in Zukunft möglichst ohne Plastik auskommen. Daher sollen auf Veranstaltungen des SPD Landesverbandes weitestgehend auf Plastikflaschen sowie -becher verzichtet werden. Dieses Anliegen soll fortan auch an die Veranstaltungsorte weitergegeben werden.

10

Darüber hinaus fordern wir alle Gliederungsebenen auf, zukünftig keine Streuartikel aus Plastik zur Verfügung zu stellen. Bei den Give-Aways, bei denen man um Plastik nicht herumkommt, soll zumindestens Recyclingplastik verwendet werden.

Energiewende, Klimaschutz, Mobilität

Beschleunigte Energiewende und Klimaschutz

(Angenommen in geänderter Fassung)

Nachhaltiges Handeln ist ein Gebot der Gerechtigkeit - auch zur Vermeidung von
Fluchtursachen und zur Sicherung von Frieden. In diesem Sinne steht die SPD für
5 Energiewende, Klima- und Ressourcenschutz. Der Schutz von Lebensgrundlagen ist
Grundbedingung für Gerechtigkeit und Ausdruck von Verantwortung gegenüber der
Weltgemeinschaft sowie nachfolgenden Generationen. Wirtschaftspolitik muss mit den
planetaren Grenzen vereinbar sein. Umwelt-, Umwelt- und Klimaschutz ist dabei auch
10 Gesundheitsschutz. Wir bekennen uns deshalb zum 1,5-Grad-Ziel zur Begrenzung der
Erderwärmung. Ein unerlässlicher Schritt hierfür ist ein vollständiger und beschleunigter
Umstieg auf Erneuerbare Energien und Ressourcen.

Daraus folgt für uns:

- 15 • Subvention von fossilen Energien- und -Verbräuchen müssen komplett abgeschafft
werden.
- Schadstoffe aus Energiegewinnung müssen einen Preis bekommen
(Schadstoffbepreisung) und im Gegenzug Anreize für Flexibilitätsinstrumente wie
20 Speicher und Möglichkeiten der besseren Netzauslastung geschaffen werden.
Modellrechnungen zeigen, dass dies für Verbraucherinnen und Verbraucher im
Schnitt preissenkend ausgestaltet werden kann.
- Damit alle von dem grünen Strom profitieren, muss der Netzausbau und die
Förderung der Speichertechnologie endlich voran gehen. Die Bundesregierung muss
ihre Anstrengungen deutlich intensivieren. Klar ist dabei: Infrastruktur gehört in
25 staatliche Hand - und da bleibt sie auch!
- Wir wollen einen sozialverträglichen Braunkohleausstieg bis spätestens 2030. Dazu
gehören für uns finanzielle Förderprogramme für die betroffenen Regionen, die
möglichst an bestehenden Strukturen vor Ort anknüpfen sollen sowie Weiterbildung
und Schulen für die vom Strukturwandel betroffenen Arbeiter*innen. Dazu muss die
30 Bundesregierung zusammen mit den betroffenen Städten und Gemeinden
maßgeschneiderte Programme auflegen.
- Schluss heißt Schluss. Nach dem Ausstieg aus der Braunkohle soll weder
Braunkohle aus dem Ausland zugekauft werden, noch soll Strom aus dem Ausland
eingekauft werden, wenn das verkaufende Land nicht mindestens 70% seiner
35 Energien aus erneuerbaren Energiequellen bezieht. Ein Ausstieg aus der Braunkohle
heißt für uns Stop des Abbaus und Stop der Stromproduktion mit Hilfe von
Braunkohle.
- Wir wollen die sofortige Abschaltung der Kohlekraftwerke, die am meisten CO2
produzieren.
- 40 • Ausbaumengenbeschränkungen und Hemmnisse für sektorübergreifende Nutzung
von Erneuerbaren Energien müssen abgeschafft werden.
- Laufzeitverlängerungen von Atomkraftwerken oder gar neue Wege der
Atomenergienutzung lehnen wir auch für Europa und weltweit ab. Der EURATOM
Vertrag soll in einen Vertrag zur Förderung Erneuerbarer Energien, innovativer
Speichertechnologien und Energieeinsparungen (EURONEW) umgewandelt werden.
45
- Beschäftigungen im Zuge des energiewendebedingten Strukturwandels sollen
insbesondere in Bezug auf eine Ablösung fossiler Energiegewinnung angereizt
werden. Dies bedeutet auch in Bezug auf Norddeutschland gesonderte Anreize für
die Gewinnung von Wasserstoff aus Windstrom zu fördern.
- Wir wollen ausgediente Windräder und erneuerbare-Energien-Kraftwerke recyceln

- 50 und dadurch neue Arbeitsplätze schaffen und ressourcenschonend produzieren. Das
Konzept der Kreislaufwirtschaft soll gerade im Hinblick auf den Ausbau der
erneuerbaren Energien umgesetzt werden.
- Energiearmut wollen wir im Zeichen von Daseinsvorsorge sowie in einer Abkehr
55 von Privatisierungsdruck in der Energiewirtschaft, einschließlich der
Netzinfrastruktur, begegnen. Der Zugang zu Strom und Wärme ist Menschen in
jeder Lebenslage zu gewährleisten.
 - Dezentrale und auf Teilhabe der Menschen vor Ort sowie der Kommunen zielende
Beteiligungsformen müssen als Daseinsvorsorgeaufgaben in die europäischen
60 gemeinsamen Ziele aufgenommen werden.
 - Damit der europäische Emissionshandel die erforderliche klimapolitisch lenkende
Wirkung erzielt, muss die Zahl der Zertifikate deutlich schneller verringert werden
und ein entsprechend lenkender Mindestpreis eingeführt werden.
 - Wir wollen eine Europäische Klimabank, die mit Mitteln der EU den Ausbau
erneuerbarer Energien fördert und finanziell unterstützt. Dies soll insbesondere dort
65 passieren, wo Regionen strukturelle Schwächen aufweisen.

Die Nutzung von CCS und auch von BECCS, somit von Techniken, die eine Einlagerung
von abgedichtetem CO₂ vorsehen, sind abzulehnen. Sie stellen für uns keine
klimafreundlichen Technologien dar, da das abgedichtete CO₂ nicht vermieden, sondern
70 nur verlagert wird.

Antragsbereich EKM/Antrag 3

Kreisverband Kiel

Verkehrswende gestalten

(Angenommen in geänderter Fassung)

Die SPD bekennt sich zur Verkehrswende, durch die ein wesentlicher Beitrag zum
Klimaschutz geleistet werden kann. Wir stehen für eine sozial gerechte Verkehrswende, die
5 Mobilität nicht begrenzt, sondern erweitert. Die Verkehrswende darf nicht dazu führen,
dass diejenigen, die sich bereits jetzt Mobilität kaum leisten können, weiter unter Druck
geraten.

10 Für uns ist die Verkehrswende eine Chance, das Klima zu schützen, unsere Städte
lebenswerter zu machen und zugleich mehr Menschen Mobilität zu ermöglichen,
innerstädtisch und im ländlichen Raum.

Um dies zu erreichen brauchen wir Mobilitätsgesetze auf Bundes- und Landesebene. Diese
müssen auf folgenden Grundsätzen aufbauen:

- 15 • Grundpfeiler der neuen Mobilität sind Fuß- und Radverkehr sowie die öffentlichen
Verkehrsmittel Bus und (Stadt-)Bahn. Gerade für diese gibt es einen besonderen
Förderungsbedarf und braucht es verbesserte gesetzliche Rahmenbedingungen.
Ergänzt werden sollen diese Verkehrsmittel durch emissionsarme PKW. Bis
20 spätestens 2040 sollen neue PKW nur noch mit alternativen Antrieben zugelassen
werden.
- Für die Verkehrswende brauchen wir eine bessere Zusammenarbeit von Bund, Land
und Kommune. Bund und Länder sollten die Städte und Gemeinden für die
Umsetzung der Verkehrswende finanziell stärker unterstützen.
- 25 • Zudem bedarf es auch eines systematischen Ausbaus der Schieneninfrastruktur
durch den Neu- und Ausbau sowie die Wiederinbetriebnahme von Trassen auch
unter Berücksichtigung transeuropäischer Netze. Europa muss auf der Schiene
zusammenwachsen. Alle Hauptstrecken müssen vollständig elektrifiziert werden.
- Um die Schiene attraktiver zu machen, müssen Trassennutzungsentgelte reduziert

30 und der reduzierte Mehrwertsteuersatz auch auf Fernverkehrstickets angewendet werden.

- Wir setzen auf die Verlagerung von Verkehren: vom Auto auf den ÖPNV und aufs Rad, vom LKW auf Schiene und Wasserstraße, vom Flugzeug auf die Schiene.

35 Die Privilegierung von Kerosin im Rahmen der Energiesteuer oder von Fernbussen im Rahmen der LKW-Maut muss aufgehoben werden.

- Das Angebot des öffentlichen Verkehrs muss sich stetig verbessern. Dazu darf der öffentliche Verkehr in der staatlichen Förderung gegenüber dem motorisierten Individualverkehr nicht schlechter gestellt werden. Mit wachsendem Angebot öffentlicher Verkehre muss Förderung von Individualverkehr abgebaut werden. ÖPNV muss kostengünstig gestaltet werden, auch um die Straßen und ihre AnwohnerInnen in Ballungszentren zu entlasten. Unser Ziel ist, dass der ÖPNV mit Förderung durch Bund und Land kostenlos wird.

- Es braucht einen bundesweiten Fahrplankontakt, nach dem Züge und Busse aufeinander abgestimmt fahren. Damit verbunden müssen Kapazitäten an entsprechenden Knotenpunkten, wie z.B. Bahnhöfen, erhöht werden.

- Wir brauchen einen Flottenaustausch im ÖPNV und Taxi-Verkehr hin zu alternativen Antrieben, der weiterhin vom Bund mit Förderprogrammen unterstützt wird.

- Wir brauchen neue, innovative Lösungen für eine bessere Anbindung des ländlichen Raums.

- Die digitalen Chancen für eine neue Form der Mobilität müssen genutzt werden: Für eine stärkere gemeinsamen Nutzung des individuellen Verkehrs und für eine Individualisierung des öffentlichen Nahverkehrs. Beispielsweise sollen Angebote des öffentlichen Verkehrs in einer gemeinsamen App dargestellt werden und buchbar sein. Private Anbieter sollen ebenfalls die Möglichkeit bekommen, ihre Angebote in der App einzuspeisen.

- Es braucht eine intelligente Vermeidung von Güterverkehren auf der Straße. Sie sollen zudem verstärkt auf die Schiene verlagert werden.

- Wir verfolgen einen vernetzten Ansatz, bei dem die verkehrlichen Auswirkungen in die Stadt- und Raumplanung einbezogen werden.

- Für die Verkehrswende brauchen wir eine Reform des Straßenverkehrsgesetzes und der Straßenverkehrsordnung. Insbesondere muss den Grundpfeilern Fuß-, Radverkehr und ÖPNV Rechnung getragen werden.

- Wir setzen auf Erhalt vor bedarfsgerechtem Ausbau der Verkehrsinfrastruktur.

- Wir verteilen die Kosten nach dem Verursacherprinzip und streichen wettbewerbsverzerrende Privilegien. Die Privilegierung von Kerosin im Rahmen der Energiesteuer oder von Fernbussen im Rahmen der LKW-Maut muss daher aufgehoben werden. Daneben werden wir insbesondere Vergünstigungen für den motorisierten Individualverkehr, wie das Dieselpprivileg schrittweise abschaffen.

Wir wollen

- die Einführung eines Tempolimits von 130 km/h auf Bundesautobahnen,
- die Ausrichtung der Steuern auf Benzin und Diesel auf den CO₂ Ausstoß,
- eine verpflichtende Quote für Elektroautos bzw. Autos mit Wasserstoffantrieb,
- Hardwarenachrüstungen aller in Deutschland zugelassenen Diesel-PKW der Euro 5 Klasse ohne den PKW-Halter zu belasten,
- wir fordern eine europäische Strategie, die nur noch Gas- und klimaschonende Antriebsarten bei Güter- und Personenschiffen zulassen,
- eine Strategie zur möglichst schnellen Ablösung von Schweröl als Antriebsstoff für Handels-, Fähr- und Kreuzfahrtschiffen,
- keine Abschaffung der Luftverkehrssteuer,
- Einführung einer CO₂-Abgabe, die die Emission von CO₂ spürbar verteuern soll.

Initiativanträge

PiAs unterstützen!!!

(Angenommen)

Der LPT fordert und fordert alle Mitglieder des Bundesrates, sowie alle als Arbeitgeber agierenden Mandatsträger, die an Tarifverträgen beteiligt sind (VKA), auf, das
5 Psychotherapeutenausbildungsreformgesetzes (PsychThAusbRefG) um folgende Punkte zu ergänzen und sich für entsprechende Regelungen einzusetzen:

a) Psychotherapeuten in Ausbildung, welche als Zugangsvoraussetzung zur Ausbildung zum
10 psychologischen Psychotherapeuten/ Kinder- und Jugendpsychotherapeuten bereits ein Master/Diplom-Studium absolviert haben („Alt-PiAs“ nach bisherigem PsyThG), sollen ab sofort während ihrer praktischen Tätigkeiten an Kliniken/Instituten den **sozialrechtlichen Status von Angestellten Master—oder Diplompsycholog*innen erhalten**. Dazu gehören Arbeitsverträge, welche Urlaubsanspruch, tarifliche Bezahlung, Freistellungsregelungen, Entgeltzahlungen im Krankheitsfall, Voraussetzungen für die Kündigung, die regelmäßige
15 tägliche oder wöchentliche Arbeitszeit, die Dauer und eine sachliche und zeitliche Gliederung der Praktischen Tätigkeit regeln.

b) Es soll eine Übergangsregelungen gefunden werden, um die Ausbildungsmöglichkeiten der derzeitigen Psychologie-Studierenden zu sichern, indem ihnen **ein Wechsel in das neue Ausbildungssystem ermöglicht** wird.
20

c) Es soll eine Regelung gefunden werden, die sicherstellt, dass auch in Zukunft für Studierende, die vor Inkrafttreten des Gesetzes bereits einen psychologischen Master/Diplom aufgenommen haben, **durch Quereinstiege ein Übergang in das neue Ausbildungssystem ermöglicht** wird.

Tierquälerei bei Tiertransporten verhindern!

(Angenommen)

Der Landesparteitag bedauert, dass es den Kreisen Rendsburg-Eckernförde und Steinburg nicht gelungen ist, die Tiertransporte auf den Routen und in die Zielländer zu verhindern,
5 von denen bekannt ist, dass die Tiere dabei unnötigen Leiden ausgesetzt sind.

Wir sind enttäuscht, dass Landeslandwirtschaftsminister Albrecht sich nicht stärker hinter die Kreise gestellt hat, die im Geist des Tierschutzgesetzes versucht haben, diese Tierquälerei zu beenden. Wir fordern unsere Bundestagsfraktion und unsere
10 Regierungsmitglieder dazu auf, dafür zu sorgen, dass Bundeslandwirtschaftsministerin Klöckner diese Praxis endlich beendet, indem sie sich für bundesrechtliche und europarechtliche Änderungen einsetzt.

EU-Tierschutzverordnung EG (VO)1/2005 ändern: Transporte in Drittstaaten nur erlauben, wenn gewährleistet ist, dass europäische Tierschutzbestimmungen entlang der gesamten
15 Transportroute und im Zielland eingehalten werden.